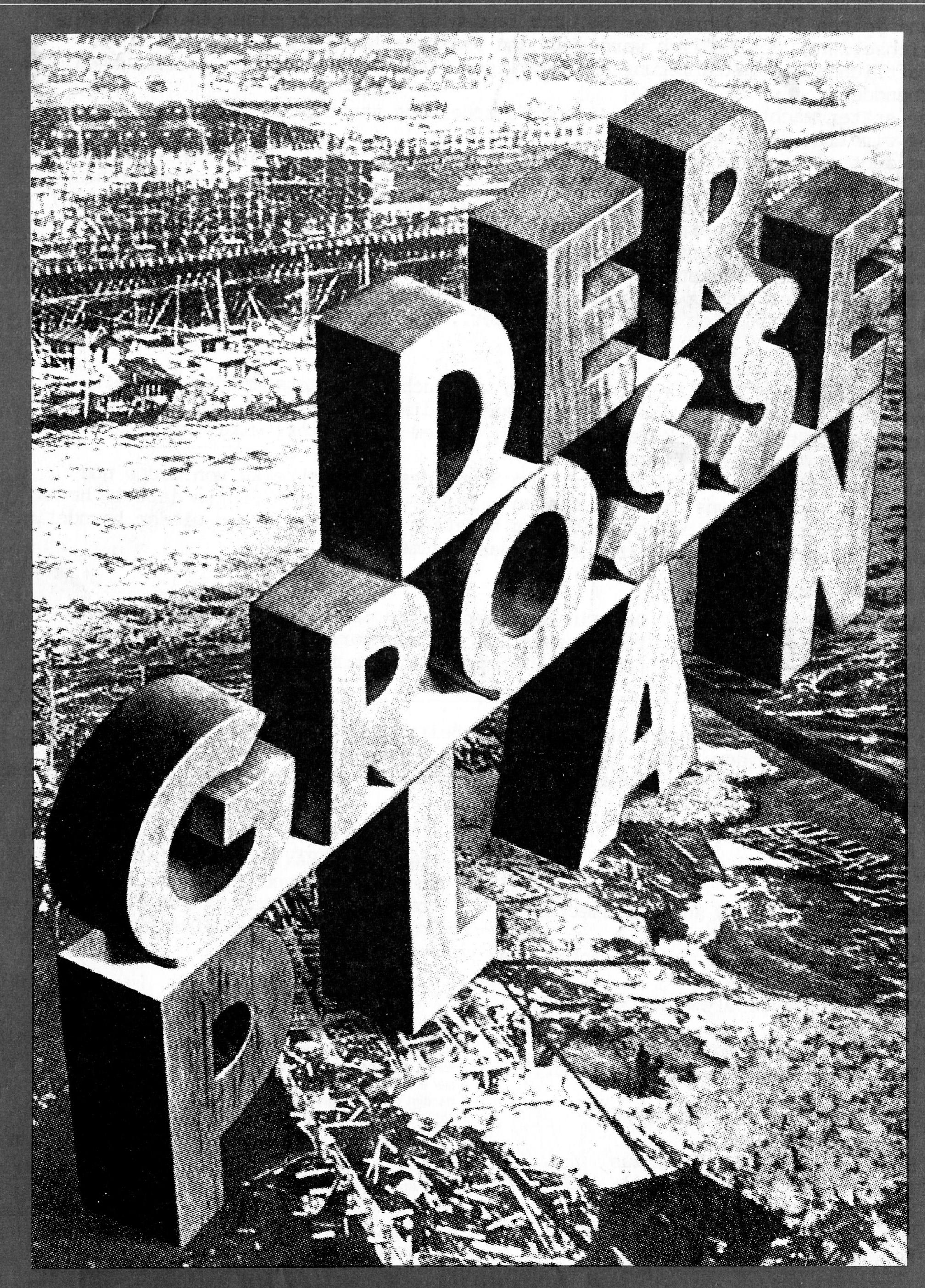
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 91

22. Februar 1990

Zum Titelbild:

Das Titelblattdieser Ausgabe hat, im doppelten Sinn, Geschichte. Ohne zunächst viel darüber nachzudenken hatten wir es schonfür die Ausgabe in der letzten Woche aus einem Bildband rausgesucht. "Der große Plan" - imperial und monolithisch - das schien uns intuitiv eine gute Illustration für das, was im Augenblick in Mitteleuropa abläuft: der Versuch, den osteuropäischen Wirtschaftsraum an den imperialistischen Machtblock anzuschließen.
Dann sahen wir, aus welchem Zusammenhang das Bild stammt. Es ist ein von Becher gestaltetes Plakat für ein Musikstück zur Propagierung der sozialistischen 5-Jahrespläne in den 20-er Jahren der SU. Das fanden wir dann doch eine geschmacklose Gleichsetzung. Schließlich waren mit den 5-Jahresplänen und der gesamten wirtschaftlichen Umstrukturierung aus damaliger Sicht revolutionäre Vorstellungen verbundden.
Erst später machte uns unsere eigene Entscheidung nachdenklich. Ist der Zusammenhang wirklich so falsch?
Eine zentral gesteuerte sozialistische Planwirtschaft mit einer gewaltsam gegen die Landbevölkerung und gegen die gewachsenen Sozialstrukturen vorangetriebenen Industrialisierung - bildet nicht genau ddas die (historische und strukturelle) Basis für die reibungsarme Übernahme durch eine andere Steuerungslogik? Kapitalistische Profitmaximierung statt sozialistischer Planerfüllung. Die Prinzipien der Warenzirkulation mögen jetzt andere werden, an den Prinzipien der Kontrolle und Unterwerfung der Menschen in den Fabriken unter den "großen Plan" der Machthabenden wird sich wenig ändern, oder...?

Zum Heft:

Zwei Beiträge zur RZ-Diskussion möchten wir euch noch wärmstens empfehlen; Einer fordert "raus aus dem Ghetto - rein in die Diskussionen", in dem Anderen nimmt Ingid Strobl zum RZ-Text stellung, in dem sie zitiert wird, bzw. zur Bedeutung der "radikalen Linken".
Aktuelle Informationen zum derzeitigen Stand des Hungerstreiks von Grapo und PCEr sind auch bei uns nicht zu finden - leider, trotzdem 3 Flugis dazu im Heft. Der erste Versuch den Mauerstreifen zu besetzen ist leider schon wieder beendet, anstatt Barakia gibt es jetzt nur ein paar Bäume.

Zu den Akten:

- der Aufruf zur Sprengel Demo in Hannover war zu lang (6S.!), der Demotermin sowie das Vorbereitungstreffen dazu steht auf der vorletzten Seite.
- das Neuköllner Kiezflugi flog aus Platzgründen auch raus.

Zu den Zuschriften:

Es ist ganz schön blöde für uns, wenn die Beiträge 1 1/2-zeilig ankommen, weil wir so oft vor der Schwierigkeit stehen 70 S. auf 40 S. zu verkleinern und das geht dann nicht ohne Bleiwüste, deshalb **EINZEILIG !** (in Zahlen: ein!! nichtts sonst) Gerne auch mit Layout.

Inhalt:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

SCHON WIEDER : RAUS AUS DEM GHETTO !?!

An dem RZ-Papier hat sich eine ziemlich weitreichende und aufschlußreiche Diskussion entzündet. Aufschlußreich einmal deswegen, weil die verschiedenen Papers klar gemacht haben, in wie viele unterschiedliche Stoßrichtungen "die Szene" im Moment denkt, aber auch deswegen, weil sie die unter uns herrschende Hilflosigkeit widergespiegelt haben. Der Ruf aus dem EFEU (?)-Papier nach einer "dynamischen KP" ist für die Ratlosigkeit bezeichnend. Es besteht ein Verlangen nach einem gemeinsamen Ziel, "einem Bündeln der Kräfte auf eine Sache", nach einer "durchsetzungsfähigen Perspektive" und d.h ja wohl auch nach praktischen Richtlinien. Auch die RZ zielt in die gleiche Richtung, wenn sie ihre Kleingruppenmilitanz durch "einen kollektiven Diskussionsprozeß in einer Bewegung bzw. in der Linken " 'abgesegnet' wissen will. Das zeigt, daß es im Moment keine verbindlichen Zusammenhänge nur sporadisch gemeinsame Diskussionen gibt, und wenn, daß diese dann oft von Gemeinplätzen geprägt sind. Die "dynamische KP" würde da denke ich, wenig dran ändern, denn Möglichkeiten zum Austausch, zur 'Vereinheitlichung' (im positiven Sinne) unserer politischen Praxis gibt es auch so. Auch ohne ZK könnte in Plenen, Zeitungen, Stadtteilläden, Zentren geredet und gemeinsame Linien bestimmt werden. Das Problem, an dem wir zu beißen haben, liegt meiner Meinung nach woanders, nämlich daran, daß unser Politikverständnis oft genug einfach nicht 'politisch' ist. Unsere Praxis spiegelt die aufgezwungene Isolation wieder, unsere Gedanken drehen sich oft genug um uns selbst.

Das Ghetto im Zentrum der Welt und alles andere ist böse (reformistisch), doof (spießig) oder zu weit weg (die Proleten)

Über das Entstehen der Subkultur, das Zurückziehen in Stadtteile wie 36 sag ich besser nicht so viel. Ich hab die Entwicklung damals nicht miterlebt, die Bedingungen, unter denen der Kiez gewachsen ist, sind mir als Außenstehender nicht ganz klar. Sicher ist nur, daß -wie wir heute noch merken,- die Konzentration von Kräften, Strukturen und andersdenkenden Frauen und Männern in einem begrenzten Stadtteil wichtig war. Identität und so was wie eine positive, kollektive Lebensform entwickelt mensch eben vor allem in selbstbestimmten Räumen und nicht im grauen, kontrollierten Alltag in Fabrik, Schule, Betonsilo, Kleinfamilie. Da entwickelt mensch bestenfalls Haß, der sich gegen allesmögliche richten kann, und nur in den seltensten Fällen gegen die Herrschaft selbst.

Die Konzentration im Kiez, in einer "Szene" ist sinnvoll, wenn wir als Einzelne und Kollektive Erfahrungen machen und Umgangsformen entwickeln, die wir dem Dreck 'da draußen' entgegenstellen können. Das ist

umso wichtiger, umso mehr wir begreifen, daß Theorien keine Glaubensbekenntnisse sind (wie bei manchem MLer), daß es uns schlaue Bücher nicht abnehmen können, den aufrechten Gang, die kollektive Gesellschaft zu erkämpfen, aufzubauen und zu erlernen.

Die Gefahren allerdings, die so ein Rückzug birgt, lauern überall, und in ihrer Mißchtung steht die 'Szene' von heute den inzwischen weitgehend bequem gewordenen HäuserkämpferInnen von 80-83 kaum nach, Freiräume, sei's nun ein Haus, Kneipen, Zentren etc. werden -auch wenn sie hart erkämpft werden müssen- vom System auf die ein oder andere Art zugebilligt. Sie können niemals völlständig ausbrechen aus der herrschenden Logik, die uns umgibt. Der Häuserbewegung der frühen 80er ist das oft genug gesagt worden (siehe Hartmann, Leben als Sabotage), und trotzdem ist sie in die Falle voll reingerauscht. Die nette Nische WG, Haus oder Stadtteil macht uns die Realität der Millionen eben unbegreiflich. Mit ihrem geknechteten Alltag konfrontieren wir uns bestenfalls in der U-Bahn. Zwar gibt es in jedem Paper neben dem zum Standard verkommenen antipatriarchalen Bekenntnis ein Aufruf, das gefährlich einschläfernde Ghetto, die Isolation zu zerbrechen, aber die politische Praxis bleibt aus. Kaum einEr von uns (einschließlich ich) würde die WG in 36 mit einer Sozialwohnung in Gropiusstadt eintauschen, Lohnarbeit in Betrieben ist "Selbstkasteiung von ML-Idioten" und die Auseinandersetzung mit der Normalbevölkerung wird als unangenehm oder schlimmer empfunden. Mit einem verächtlichen "sozialarbeiterisch" kann mensch das alles ziemlich leicht abschütteln.

Daß der"Weg in die Fabrik" wie ihn die K-Gruppen in den 70ern propagiert haben, dabei oft genug nicht mehr war als ein intellektuell aufgeblähter Gewaltakt, ist mir auch klar. Es geht auch gar nicht daum, all das Ekelhafte, was Millionen hier täglich erleben, sozusagen aus politischer Überzeugung mitzuerleiden, sondern sich dieses Widerspruchs stärker bewußt zu werden. Solange wir neben dem Elend stehen, "es uns eh viel zu gut geht"..., sind wir eben keine RevolutionärInnen, sondern sozial engagierte AussteigerInnen; oder irgendwas dazwischen. Natürlich ist das für jede/n von uns verschieden, Frauen erleben Unterdrückung sowieso direkter als wir Typen und fast permanent,; für SchülerInnen und JobberInnen gilt das gesagte auch weniger als für die Bafög-StudentIn, die in der WG und nicht mehr zuHause wohnt. Und schließlich sind wir ja nun doch nicht so weit weg, daß wir nur noch ZuschauerInnen wären. Klar ist nur, und darauf will ich raus, daß wir in der "Szene" angenehmer leben als draußen, es gibt weniger Hierarchien, weniger Zwänge und weniger Sexismus (oder zumindest einen stärkeren Frauenselbstschutz dagegen). Anstatt daß uns das aber Kraft gibt, um den Kampf immer wieder neu aufzunehmen, verwandelt sich das "Rückzugsgebiet" ins Dilemma. Eine unsicherer werdende Nische garantiert, daß wir uns mit uns selber beschäftigen. So wie es sich die Herrschende erträumen.

Von der Subkultur zur revolutionären Identität

Wir sind also immer noch 'Subkultur'. Das ist wichtig, es schafft Gemeinsamkeiten, eine erlebte Gegenwelt. Die Haare sind bunt, Musik schräg, eine Definierung über Klei-

dung findet weiterhin statt. Schließlich stecken im Auftreten auch Aussagen drin: die Ablehnung von Konsumgesellschaft, Lebendigkeit gegenüber der Unterwerfung aus grauer Konformität, grüne Haare gegen Gropiusstadt-Fassaden. Das ganze hat nur den Haken, daß es dem Kapital heute scheißegal ist, ob 10 oder 20.000 meinen, sich ausklinken zu müssen. Das war anders, solange von einer linken Subkultur, wie z.B den Haschrebellen in den 70ern, eine Sogwirkung ausging. Heute dagegen - ich glaube die (Gramsci[1] lesende) RZ sieht das richtig- prägt der "Yuppie-Zeitgeist" die Gesellschaft, Schmalzfrisuren und gutes Styling besitzen "eine gewisse Hegemonie" (Vormachtstellung) gegenüber angemalten Lederjacken und nicht mehr so neuen Palästinensertüchern. Unser'Lebensfeeling', wenn es das überhaupt noch gibt, macht niemanden mehr ar , oft genug nicht mal mehr uns selbst. Es reicht also offensichtlich nicht mehr, eine Gegenwelt aufzubauen und darauf zu warten, daß die anderen zu uns kommen oder es auf ihre Art&Weise nachmachen. Wenn wir wirklich ne Veränderung, die Revolution wollen, müssen wir schon was für tun, müssen wir zu den Normalas/os ghen.

Im Widerspruch dazu fällt die Frage nach der Mehrheit, nach den Massen aber bei "uns" immer mehr unter den Tisch. Die Militanzdebatte ist dafür auch ein Anzeichen. Nicht, daß Volxsport oder Kleingruppenmilitanz heute sinnlos wären, nur solange die Frage nach der Bewegung, in die sich solche Aktionen einreihen, nicht gestellt wird, bleibt es bei politisch wirkungslosen bzw. politisch gefährlichen Demonstrationen der eigenen Stärke(oder Schwäche).

Dabei wissen wir alle aus unserer Geschichte, daß Militanz nur innerhalb einer starken Bewegung oder als Kontrapunkt zu einer Bewegung, die gerade eine NIederlage erlebt hat (z. B das Wechselspiel autonome ArbeiterInnenbewegung-Anschläge der Roten Brigaden in Italien bis 75), einen Sinn macht. Die RZ haben das immer betont und versucht ihre Praxis darauf zu beziehen.

Die Kraft einer revolutionären Bewegung hängt eben vor allem davon ab, ob es gelingt, die Isolation zu zerbrechen, denn wirkliche Revolutionen machen nicht die avantgardistischen Minderheiten, sondern die Massen. Die Häuserkampfbewegung war solange gefährlich für die Herrschenden, solange sie Akzeptanz in weiten Bevölkerungsschichten gefunden hat. Solange es Patenschaften von Betriebsgruppen für Häuser gab, waren diese nur unter hohen politischen Kosten angreifbar/räumbar. Für die Anti-AKW-Bewegung gilt dasselbe und schließlich erklärt sich auch die relative Stärke der Frauenbewegung daraus, daß sie sich nicht szenemäßig festmachen und isolieren läßt.

Wenn wir also revolutionäre Praxis diskutieren, müssen wir uns über die militanten Aktionsformen hinaus überlegen, wie wir mehr werden können. Die Bedenken, die in Diskussionen an dieser Stelle auftauchen, sind eigentlich immer die gleichen:
einmal die Befürchtung, die Fehler der K-Gruppen wieder zu begehen, nämlich andere Leute zu bevormunden, ihnen eine Botschaft anzutragen, die sie dann zu schlucken haben. Das ist real, als AktivistIn verfällt mensch gerne der Arroganz gegenüber denen, "die's noch zu checken haben". Das ist in der 'Szene' nicht anders, trotz aller Lippenbekenntnisse über die "Autonomie der Massen". Die Bezeichnung SpießerIn spricht für sich. Die Gefahr, andere

---

Gramsci: relativ undogmatischer italienischer Kommi (1891-1937)

als Trottel abzustempeln ist da, sobald wir uns mit 'Fremden' auseinandersetzen. Aber ob wir uns dann wirklich als CheckerInnen(Avantgarde) und die anderen als Deppen (zu agitierende Massen) begreifen, hat nix damit zu tun, ob wir zu den Leuten gehen oder nicht. Ob wir jemandem etwas aufdrücken oder aber zusammen mit den Normalas/os etwas gleichberechtigt lernen und erkämpfen, bestimmen wir selbst. Das hängt von unserem Verständnis und von sonst gar nix ab.

Das andere Teil, das im Kopf rumspukt, wenn es drum geht, den "Weg in die Fabrik" oder einfach nur zur anständig arbeitenden NachbarIn zu machen, ist die eigene Angst. Wir sind eben meistens doch nur Spiegelbilder der herrschenden Verhältnisse. Vereinzelung und Isolation treffen auch uns, selbst wenn wir meinen, sie in unseren Zusammenhängen Zum Teil überwunden zu haben. Die Erfahrungen mit der hetzenden Nachbarin, dem faschistischen Hauswart, dem alten Knacker, dem die grünen Haare nicht passen, tun ihr übriges. Ohne Rückgrat und oft genug ohne kollektiven Zusammenhalt stehen wir den Leuten, da wo wir ihnen noch begegnen, in den Mietshäusern im Wedding oder Neukölln, in den nicht-Szene-Betrieben beim Jobben oder in der U-Bahn fassungslos gegenüber. Was fehlt ist eben nicht die KP, die uns mit Durchhalteparolen auf Trab bringt, ein MieterInnenplenum zu organisieren, und dann(für die Partei)unter Kontrolle zu bringen, sondern die Stärke, die Identität, den Alltag wirklich zur Politik zu machen und da wo wir können, durch Reden, Handeln, und solidarisch Sein Bewußtseinsprozesse in Gang zu bringen.

Erst wenn wir jede/r für sich und in der Kleingruppe und Szene zusammen klar bekommen haben, wer wir sind und was wir wollen, entwickeln wir auch die Kraft, uns draußen als Handelnde zu verteidigen. Revolutionäre Identität bedeutet eine ganze Reihe von Sachen, bedeutet Geschichte als Mensch und Bewegung, Entschlossenheit gegenüber den herrschenden Verhältnissen, neue Umgangsformen untereinander und gegenüber allen Menschen, bedeutet Lebendigkeit und Träume gegen den Dreck zu verteidigen, bedeutet Sprache anstatt Sprachlosigkeit, Perspektive, Menschwerdung, das Gefühl geliebt zu werden, und sicher noch ne Menge mehr. Diese Identität, den Kampf nicht aus dem Auge zu verlieren und vom Alltag abzukoppeln, ihn nicht auf interne Klüngel zu beschränken, die Stärke gegenüber den Bullen nein sagen zu können (oder noch besser gar nichts), obwohl das 3 oder 5 oder 6o Jahre Knast bedeuten kann, fällt nicht vom Himmel. Sie ist ein Ergebnis von Bewußtseinsprozessen, von Erlebnissen, Diskussionen, Kämpfen, von Moral und Klarheit im Kopf. Und die wiederum machen wir am ehesten in eigenen selbstbestimmten Zusammenhängen.

Unser Teil kann nicht sein (so meinte das ja wohl auch die RZ, als sie schrieb "individuelle Konflikte würden nicht mehr als gesellschaftlich interpretiert") uns als 'Szene' immer und immer wieder mit uns selbst zu beschäftigen, unsere Probleme miteinander als Mittelpunkt der Welt zu betrachten. Das verstärkt den Frust nur noch mehr. Wir müssen die Freiräume, die wir erkämpft haben (oder andere für uns), als Orte begreifen, wo wir unsre Identität entwickeln, uns austauschen und stärken,

um uns draußen in den Mietshäusern, Schulen, Fabriken (warum eigentlich nicht?), Straßen, Unis etc. mit denen auseinanderzusetzten, die noch nicht "auf unserer Seite"stehen, die ihre Wut gegens System noch gegeneinander oder sich selbst, nicht aber gegen die Ursache richten. Dafür müssen wir unsere Rollen als die kämpfender Menschen verstehen. Eine Identität, die dem Gegner keine Ruhe läßt, sondern überall und immer Auseinandersetzungen führt, da wo sie möglich sind.

Ohne KP zur sozialrevolutionären Bewegung werden

Die näxten Jahre werden oder können Hämmer werden. Es würde wohl kaum jemandem hinterm Ofen herlocken, wenn morgen einE AutonmeR von "Nazis" oder was weiß ich wem erstochen, auf der Straße liegen würde. Deutschland hat heute andere Probleme als sich mit dem Schicksal marginalisierter ExtremistInnen herumzuärgern. Für Repression und Großdeutschland gibt es nach der definitiven Eingliederung der Grün-Aler in den real existierenden Machtblock den All-Parteienkonsens (Brigitte Fehrle läßt grüßen). Wir brauchen uns also nicht zu wundern, wenn wir demnächst ordentlich eins auf die Mütze bekommen sollten, z.B am 1.Mai.

Die Antwort darauf heißt immer wieder "Konspirativität". Rätselhaft bleibt dabei, warum die Uniform-Kluft trotz aller Sicherheitsbedenken weiterhin schaustellerInnenhaft getragen wird. Aber egal. Auf jeden Fall kann das nicht alles sein, die Alternative (o grausam verunstaltes Wort) heißt nämlich auch "Fisch werden" (im Wasser....). Zusammenhänge durch Konspiration zu schützen, ist wichtig, isoliert aber noch weiter von anderen Gruppen und vor allem von "der Bevölkerung". Für unsere politishce Praxis aber brauchen wir Vermittlung und die gibt's nur dort, wo die Isolation zerbricht.

Außerdem macht uns der Ausbruch aus der Szene und der Aufbau anderer Zusammenhänge mit weniger oder gar nicht politisierten Menschen für den Gegner schwerer angreifbar und bietet uns Rückzugsmöglichkeiten. Klar ist das erst einmal hart, sich mit anderen Menschen zusammenzutun, erfordert Mut, Stärke, Toleranz, Geduld (siehe Werra-Block-Erfahrungen). D.h in vielen Fällen das Aussehen zu verändern, um die Leute nicht abzuschrekken, d.h Geduld, weil für 59 Millionen Deutsche die Militanzfrage noch kein Thema ist, d.h Toleranz gegenüber der RentnerIn, die sowieso ganz anders drauf ist als wir. D.h die Leute nicht mit unseren eigenen Dingen im Kopf zu überrollen, und trotz alledem von unseren Inhalten nichts aufzugeben, uns nicht zu integrieren.

Die Rückkehr aus dem Ghetto in den Alltag ist sauschwer und kennt keine Erfolgsgarantie (zum Glück). Da wissen wir nicht, ob die Menschen sich über Anti-Sanierungswiderstand oder eine "3.Welt Arbeitsgruppe" in irgendeiner stinknormalen Institution wirklich radikalisieren. Auch das ist Widerstand gegen Verplanung.

Das einzige was wir zutun können, ist da reingehen, unsere Erfahrungen langsam und kontinuierlich vermitteln und ne gemeinsame Sprachen suchen. Oft genug verbleiben die Sachen auf einem reformistischen Level, die Leute kriegen den Kick nicht, mehr als nur die partielle=(Teil-) Veränderung zu fordern. Das ist frustrierend, aber wichtig. Die Hegemonie, die das Kapital heute hat, -wenn es Sprache, Kultur, Wissen, DEnken fast völlig beherrscht-, brechen wir nur Ganz Von Unten., in einer tagtäglichen Auseinandersetzung.

In der postfordistischen, durchindividualisierten Gesellschaft müssen wir froh sein, wenn es überhaupt noch Orte gibt, wo die Menschen zusammenkommen.

Das unerträgliche ist aber auch spannend. Denkprozesse in einer Gruppe, das Zusammenfinden von ganz verschiedenen Ausgangspukkten oder einfach nur Solidarität, die füreinander aufgebracht wird. All das bricht die Verwertungslogik. Schon allein die Tatsache, daß Menschen Krawalle nicht aus der BZ, sondern von uns, die sie aus dem Haus kennen, geschildert bekommen, schon die Tatsache,daß die Nachbarin uns nicht fürchtet, uns nicht verpfeifft, oder daß ein Malocher auf einem gewerkschaftlichen Betriebsgruppentreffen erfährt, was wir so denken und fühlen (was wir machen, brauchen wir ihm ja nicht gleich auf die Nase zu binden), ist die Mühe wert. Der Weg zur Revolte ist mühsam und braucht Kontinuität, Vertrauen.

Leben gegen den Dreck

Die Chancen stehen, wenn wir die Isolation verlassen, gar nicht so schlecht. Die Entfremdung von sich und der Tätigkeit spürt jedeR, und die Tatsache, daß Leben und Menschlichkeit subversiv geworden sind, spricht für uns. Die Leute haben offene Ohren, für alles was sie nicht mehr kontrolliert oder vereinnahmt. Massive Umstrukturierungen in den jetzt zentralen Stadtteile Kreuzberg, Neukölln und Wedding stehen an; hier könnte die Modernisierung zu Großdeutschland Sprünge bekommen. Die Arbeitsbedingungen werden beschissener und die Gewerkschaftsbasis vertraut ihren Bonzen nicht mehr, der Kita-Streik war ein Anzeichen für die Unruhe im sozialen Bereich. Wesentliche Widersprüche Klassenherrschaft, Patriarchat und Ausquetschung der Trikontländer (sog.3.Welt)- sind weniger gelöst als je zuvor. Mit dem Sexismus wird auch der Frauenwiderstand wachsen. Und schließlich befindet sich der "Postfordismus noch in der Phase seiner gesellschaftlichen Konsolidierung, d.h seine ideologischen, ökonomischen und repressiven Komponenten sind für Störungen wesentlich anfälliger als nach jahrelanger Regulierung kleinerer Störungen" (RZ-Papier).

Aber Kämpfe fallen auch nicht vom Himmel, entstehen nicht zwangsläufig aus Verelendung, zumal Individualisierung und Aufspaltung fast aller denkbaren sozialen Zudsammenhänge durch Hausfrauisierung, Automatisierung, etc. Gemeinsamkeiten im Ansatz ersticken. Es wird von uns , den schon "Politisierten", den RevoluzzerInnen abhängen, ob der Haß untereinander ausgetragen wird oder sich gegen die Herrschaft und seine Büttel richtet. Dort werden wir intervenieren, handeln müssen, und das heißt fern ab von der Szene, vom Ghetto.

Die wird ihre Bedeutung verändern oder mit uns verschwinden. Wer glaubt, kämpfende MieterInnen würden wie wir werden, Revolution und nicht Reform einfordern, hat sich geirrt. Unsere Aufgabe ist es den Gedanken wie einen Virus hineinzutragen. Aber klar haben wir auch ein Recht, auf unsere, ganz eigenen Zusammenhänge. Die müssen uns stärken, die Sachen draußen zu ertragen, geben uns Platz, untereinander zu diskutieren und vielleicht auch als Ansatz zu dienen für eine horizontale Vernetzung der Revolte von unten. Eine KP brauchen wir nicht, aber wie die Kommis draußen Kämpfe führen und uns darüber aus. tausche, das mit Sicherheit schon.

Aber...

Damit das jetzt keinEr mißversteht: die Notwendigkeit militante Kleingruppenaktionen zu machen, gibt es weiterhin und wieder verstärkt. Das hat mit dem Gesagten nicht viel zu tun. Das System bricht eben weder an "revolutionärem" Militarismus noch an"pazifistischer"Abwiegelei. Wir brauchen viele revolutionäre, kämpfende Zellen, und wo sollten die erst einmal herkommen, wenn nicht aus unseren Zusammenhängen ? &&& tschuldigung für die Bleiwüste

-der zettelknecht-

KLASSENKRIEG 90

seit dez.89 hat sich einiges verändert. eine im dezember noch von vielen für möglich gehaltene alternative entwicklung in der ex-ddr gegen eine wiedervereinigung ist einem großdeutschland gewichen.(sie haben den endsieg doch noch geschafft) kreuzberg -damals noch "getto"- wird in kürze innenstadtbezirk.
eine zukunft, die unseren kampagnenansatz - gegenmacht im stadtteil und militant die umstrukturierung angreifen - noch wichtiger macht (wie wir unbescheidenerweise meinen, tschuldigung). also mit sicherheit keine resteverwertung (rz-paper), sondern wir könnten ein für sie notwendiges strategisches projekt ver(be)hindern.
konkret bedeutet das in naher zukunft: charlottenburg in 36, wenn wir nicht bald den arsch hochkriegen und die abwehrkämpfe der arbeitsemigrantInnen der flüchtlinge, der illegalen, all der nicht vom system verwertbaren, des gesochses, all derer die wir in anlehnung an die autonomie NF 14 als klasse bezeichnen, unterstützen und ihnen organisiert zur seite stehen.

faschismus als ideologie wird nicht nur in osteuropa (zusammenbruch der udssr), sondern auch hier, an bedeutung gewinnen.
der druck auf die arbeitsemigrantInnen und flüchtlinge wird sich ins unerträgliche steigern: rassenhaß als ventil für schlechter werdende soziale bedingungen westlich und östlich der elbe.
an ihrer seite und an der seite des osteuropäischen armutsproletariats haben wir künftig zu stehen. riots hier und aufstände in der peripherie werden die künftigen kämpfe sein. (die rolle von befreiungsbewegungen müssen diskutiert werden)

eine ahnung davon haben wir in den letzten drei monaten erlebt. die international zusammengesezten jugendbanden haben intuitiv den stärker werdenden druck gespürt und sich verstärkt selbst organisiert, um die kontrolle über ihre wohnviertel, in der schule, in der u-bahn usw. zu halten und den faschoterror zu stoppen.

sowohl silvester 90, als auch bei der antifaschistischen mobilisierung zum fußballspiel hertha-union, waren sie auf der straße präsent und haben militant eingegriffen.
inzwischen reagieren die bullen und die presse. sie lösten ihre skin-sondereinheit auf und bilden spezielle jugendbandendezernate, die presse startet eine kriminalisierungskampagne übelster art. (vorne weg wieder mal die TAZ)
die reformisten um stern und verein so 36 ziehen speichelleckend mit. schüsse auf...
sie ahnen für den 1.mai unangenehmes, wollen deutsch-deutsche feier im "osten" ohne ausländer und ähnliches gesockse.
sie schnallen alles wieder viel schneller als wir; wollen widerstandspotentiale orten und möglichst präventiv ausschalten (ihre analytiker kennen die entwicklungen in GB und den USA), während große teile der "autonomen" sich immer noch an der alten "breiten bündnis ideologie" orientieren und abarbeiten.
so auch aktuell die shellkampagne. dieses bunte spektakel und scenebeschäftigungsprogramm sehen wir- diplomatisch ausgedrückt- kontrapunktiv zu unserem vorschlag an.
als nächstes wird das breite bündnis von dem deutschnationalem "neuem forum" bis zu d en "autonomen" gegen den geplanten großflughafen auf uns zu kommen.
nix gelernt aus frankfurt 87.
diese von uns vorgeschlagene neuorientierung - weg von den breiten bündnissen- hin zur (ja!) klasse, wollten wir unter dem motto "klassenkrieg 90" zum ausdruck bringen.

-KLASSENKRIEG 90-

wir fanden die kritik an der zugegeben archaischen worthülse - englisch "classwar" veständlich; wichtig ist für uns, daß der inhalt- neuorientierung- rüberkommt.
die parole sollte dies ausdrücken, massenmobilisierent wirken und sprüfähig sein.
wir verstehen auch die kritik von frauen und männern an dem begriff "klasse"; wobei sie patriachale strukturen und besetzungen assozieren. (klassenbegriff der KPD).
das hat jedoch wie wir meinen mit unserem klassenbegriff nicht viel zu tun.
niemand hat die weisheit mit löffeln gefressen. nur unsere gemeinsame konstruktive diskussion und PRAXIS wird uns weiterbringen.

fight the power k 90 kämpft die 90

STELLUNGNAHME VON INGRID STROBL

Ende letzten Jahres begann in der interim die Diskussion um das Paper "2oo Jahre sind nicht genug", für das eine "Revolutionäre Zelle" zeichnet, die von sich sagt, sie habe sich erst kürzlich dieses "Markenzeichen" zugelegt. Da ich in diesem Paper zitiert werde, halte ich es für nötig, mich mindestens in diesem Punkt dazu zu äußern. (Es gäbe zu diesem Text allerdings noch mehr zu sagen.)

Ich werde von den AutorInnen des Papers falsch zitiert. Das heißt, der Wortlaut der Zitate ist m.E. korrekt, sie werden aber für Schlußfolgerungen herangezogen, die nicht die meinen sind, und die auch nicht aus dem Kontext hervorgehen, aus dem die Zitate gerissen wurden. Es handelt sich um folgende Sätze aus meinem Vorwort zu "Frausein allein ist kein Programm":

- "Es scheint so zu sein, daß sich die ~~Kritik~~ Waffe der Kritik und die Kritik der Waffen gegenseitig ausschließen, zumindest in bezug auf die jeweiligen AkteurInnen."
- "Die Widersprüche, die die Frauen und Männer, die der herrschenden Gesellschaft den Kampf angesagt haben, bewältigen müssen, sind zäh und zahlreich. Daneben auch noch diesen einen zwischen Feder und Gewehr zu lösen, können nur sie selbst von sich verlangen."

Die AutorInnen des Papers stellen diese Zitate in den Zusammenhang ihrer Einschätzung der "radikalen Linken". Sie kommen dabei, bei aller Kritik an dieser Formierung, grob gesagt zu folgendem Schluß: In der "radikalen Linken" tummeln sich die Nur-Theoretiker, in der linksradikalen Szene die Nur-Praktiker. Der von mir problematisierte Widerspruch zwischen "Feder und Gewehr" wird von ihnen als quasi anzuerkennender Zustand affirmiert. Und es wird so getan, als könnten "radikale Linke" und Linksradikale sozusagen arbeitsteilig vorgehen, wenn sie sich nur einigen würden: die "radikale Linke"-Theoretiker machen Theorie für die Militanten, die Militanten machen Praxis:

"Es soll also nicht darum gehen, Thomas Ebermann die Haßkappe überzuziehen oder Autonome ins Rhetorik-Seminar zu schicken.

Es geht aber darum, daß, wenn die Arbeitsteilung schon nicht aufzuheben ist, sich beide Seiten dieser bewußt und damit auch über die Beschränktheit ihres eigenen Ansatzes im klaren sind." ("2oo Jahre sind nicht genug")

Ich verwehre mich ganz entschieden dagegen, für eine solche These zustimmend zitiert zu werden.

Erstens habe ich an keiner Stelle behauptet, die Arbeitsteilung zwischen "Theorie und Praxis" sei nicht aufhebbar. Ganz im Gegenteil, ich sehe die Aufhebung dieser Arbeitsteilung als ein wichtiges Moment revolutionärer Bewegung.

Zweitens habe ich nicht von Theorie und Praxis im Rahmen einer aktuellen, konkreten, auf die hiesige Szene begrenzten Situation gesprochen. Sondern von den prinzipiellen und an historischen Beispielen belegbaren Schwierigkeiten, zugleich professionell/e SchreiberIn und praktische/r RevolutionärIn zu sein.

Drittens habe ich in meinem Vorwort klar getrennt zwischen zwei sehr unterschiedlichen Situationen, die ich vorwiegend historisch belege: Situation eins ist die, in der sich "Menschen der Tat" und "Menschen des Wortes" nicht als GenossInnen gegenüber stehen, sondern als Objekte und Subjekte. Indem letztere über erstere schreiben, während erstere ~~[illegible]~~ auf Grund ihrer Praxis nicht oder kaum dazu kommen, sich und ihren Kampf darzustellen. Und ich habe auch kurz angedeutet, wozu das ~~[illegible]~~ meistens führt: zu Verfälschungen. Zu Diffamierungen oder - ebenso verfälschend - Romantisierung.

Situation zwei ist die, in der sich innerhalb einer revolutionären Gruppe/Bewegung Schreibende und praktisch Kämpfende gegenüber stehen. Wie etwa bei den Bolschewiki, bei denen es Lenins gab, die die Theorie (und damit auch Strategie) besorgten, und GenossInnen, die in Petersburg und anderswo an den Barrikaden kämpften, mit dem Gewehr in der Hand. Zusammenfassend habe ich festgestellt, daß es historisch nur wenige RevoluionärInnen gab, die gleichzeitig am aktiven Kampf beteiligt waren und Theorie produzierten (wofür es mehrere Gründe gibt).

Ich habe aber nie behauptet, es könnten Menschen mit unterschiedlichen politischen Haltungen sich in einer theoretisch-praktischen Arbeitsteilung vereinigen. Ein Ebermann würde selbst dann keine Theorie "für" Autonome produzieren können, wenn er sich mit der Haßkappe an den Schreibtisch setzt. Und auch eine rhetorisch geschulte Autonome könnte nicht für die "radikale Linke" sprechen.

Es gibt keine Theorie an sich, es gibt auch nicht die linksradikale Theorie. Wenn ich sage, ich will in diesem Staat Opposition sein, und ich werde mir überlegen, unter welchen Bedingungen die Teilnahme am Parlamentarismus nicht vielleicht doch sinnvoll sein könnte (Plattform der "radikalen Linken"), dann werde ich keine Theorie der Bedingungen, Möglichkeiten und Ziele militanter Politik entwerfen. Und wenn ich eine militante bis bewaffnete Politik für richtig halte, dann kann ich mich nicht auf eine im Rahmen der "radikalen Linken" produzierte Theorie stützen.

Die AutorInnen von "Klassenkrieg 9o" schreiben in ihrer Kritik des "2oo Jahre sind nicht genug"-Papers:

"nachdem ihr uns absprecht, politisch auch das zu begreifen, was wir tun (...), soll wohl dieser looser (? seid ihr euch da sicher? IST) verein radikale linke das gremium sein, das entscheidet, wann und wo klandestine aktionen durchgeführt werden dürfen. (...) für uns ist das projekt radikale linke die installierung eines neuen grenzträgers staatlicher macht.das politische vakuum auf der 'linken', nach dem machtantritt der al hier in westberlin und nach einer auch für breiteste schichten sichtbaren korrumpiertheit der grünen in der brd, muß gefüllt werden. (...) alle projekte oder gruppen, die sich diesem verein nicht in irgendeiner form anschließen werden, (...) können dann, falls es politisch notwendig erscheint, kriminalisiert und zum abschuß freigegeben werden."

Das scheint mir eine zutreffende Prognose. Wobei ich im Gegensatz (?) zu den AutorInnen von "klassenkrieg 9o" nicht davon ausgehe, die Füllung des "Vakuums" sei einer homogen durchdachten und womöglich mit "dem Staat" abgesprochenen Strategie/ zu verdanken.

Ich denke, in der "radikalen Linken" tummeln sich (noch) relativ unterschiedliche Leute: Einzelpersonen, die ehrlich und persönlich integer nach einer neuen Diskussion innerhalb der Linken suchen und die Zersplitterung aufheben wollen; Platzhirsche, die auf den gewohnten Wiesen nicht mehr röhren dürfen und nun ein neues Terrain suchen; Heimatlosgewordene, die sich nach der Wärme einer neuen Familie sehnen; und last aber gar nicht least erfahrene altgediente Reformisten, die ganz gezielt versuchen allen, die radikaler sind als sie selbst, das Wasser abzugraben.

Im Effekt jedoch wird das eintreffen, was die AutorInnen von "klassenkrieg 9o" vorhersagen. Man sollte zwar nicht automatisch jeden Effekt auf eine klare Strategie zurückführen. Man muß aber so früh wie möglich alle möglichen Effekte einer Entwicklung in betracht ziehen - auch weil sie zu einer neuen Strategie führen können.

Allein schon die Selbstbenennung ist usurpatorisch: wenn diese Leute die radikale Linke sind, was sind dann Leute, die links von ihnen stehen? - Kinderkranke? Desperados? In der Plattform der "radikalen Linken" wir die Geschichte "der" Linken in der BRD aufgearbeitet als: in erster Linie die Geschichte der Grünen und in zweiter Linie der diversen sozialen Bewegungen. Die Geschichte der bewaffneten Gruppen wird konsequent ignoriert, bzw. genauer gesagt, die guerilla taucht nur als "Opfer" auf: als Gefangene (und damit letztlich als eventuelles Objekt der Fürsorge).

Es liegt also nahe, anzunehmen, daß die "radikale Linke" die guerilla nicht als Teil "der" Linken, um die es ihr geht, betrachtet. Womit ich zum Ausgangspunkt zurückkomme: Diese "radikale Linke" wird somit nicht nur nicht die Theorie der militanten revolutionären Bewegung produzieren können. Sie wird, mehr noch, ob mit Berechnung oder nicht sei vorläufig dahingestellt, eine Theorie gegen Militanz und guerilla entwickeln müssen. Wie nun eine Gruppe, die sich selbst als "Revolutionäre Zelle" versteht, zu dem Schluß kommt: "der ansatz radikale linke ist jedenfalls trotz allem einer der derzeit wichtigsten ansätze", ist mir ziemlich schleierhaft.

Ingrid Strobl

HERAUS ZUM 1.MAI

Heraus zum revolutionären 1. Mai! ... aber Moment mal,... was ist eigentlich mit "revolutionär" gemeint?

Nachdem der Ablauf des Jahres 1989 für die autonome Linke nicht unbedingt durch eine Abfolge von großen Kämpfen und noch größeren Siegen gekennzeichnet war, gibt es schon seit Ende des alten Jahres ein verstärktes Interesse daran, erneut einen erfolgreichen "revolutionären 1. Mai" vorzubereiten. Das Interesse ist allerorten spürbar. und auch die Verfasser dieser Zeilen wollen diesesmal unbedingt dabei sein... Also denn, auf geht's und her mit den revolutionären Inhalten die mit Mut. List und Tatkraft am 1. Mai 1990 in der öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht werden sollen. Ein erstes Gefühl sagt uns, daß es dieses Jahr - angesichts der derzeitigen Situation - irgendwie nach den beiden Massendemos mit jeweils knapp 10000 Menschen 88 und 89 jetzt ein noch größerer und besserer revolutionärer 1. Mai 1990 folgen müßte.
"Aber hoppla, was ist eigentlich mit der "derzeitigen Situation" genau gemeint? Wenn uns nicht alles täuscht hat sich seit dem letzten Mai sowohl in der Stadt als auch weltweit einiges geändert!" schießt es da nicht nur uns quer durch den Kopf.
Immerhin: Wir leben mittendrin in einer Situation wo allerorten die Medien von der "gewaltfreien Revolution" in der DDR quatschen, der "reale Sozialismus" gerade vom Kapitalismus beerdigt wird, das "Volk" der DDR in weiten Teilen "Deutschland, Deutschland über alles und einig Vaterland" gröhlt und die SPD sich nicht scheut Gedenkveranstaltungen für Rosa Luxemburg abzuhalten. Wenn wir uns zurück erinnern,... mensch dann war doch mal was: Na klar, "Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark" der Spruch aus dem Jahre 1906 von der Genossin Rosa, unser Motto für den revolutionären 1. Mai 1988! Und das soll jetzt alles wahr geworden sein? Und dann die 1. Mai Randale 89 wo wir den rot-grünen Senatsbullen ganz schön eingeheizt haben und sie echt alt ausgesehen haben. Und "revolutionäre Veränderungen" sollen jetzt wirklich ganz "gewaltfrei gehen können? Halleluja, ist das alles kompliziert, welche "revolutionären Inhalte" wollen wir eigentlich noch demonstrieren? Etwa "Für den Kommunismus" oder "Für die Anarchie" wie wir es bei der letzten Kiezdemo auf Plakaten lesen konnten? Was meinen die bloß damit? Doch stop mal, ... so geht's nicht weiter. Alles noch mal von vorne!

Warum ein revolutionärer 1. Mai 1990 mehr denn je notwendig ist

In der Tat: Derzeit geht alles in der Weltpolitik ein wenig durcheinander: Die unzufriedenen und mutig-protestierenden Massen schütteln im Ostblock ein autoritär-stalinistisches Zwangsregime nach dem anderen ab. Als Perspektive fällt den ehemals oder noch regierenden Kommunisten als auch weiten Teilen der Opposition nichts anderes ein, als ein kapitalistisches Gesellschaftmodell wie wir es hier immer bekämpft haben. Wir stehen daneben, schütteln ein wenig ungläubig den Kopf. Nun rächt es sich bitter, das wir über die Gesellschafts- und Klassenformationen innerhalb der Ostblockstaaten niemals eine intensive und genaue Auseinandersetzung geführt haben. Zwar waren wir Autonome niemals so dumm wie die DKP/SEW, die Realität der Mangelgesellschaften des Ostens in "sozialistische Paradiese für die Werktätigen" umzulügen. Aber diese Gesellschaftsformationen waren für uns entweder ein "blinder Fleck" (RZ-Papier zur Friedensbewegung 1984) oder wir haben sie als "irgendwie antiimperialistisch" gegen den Hauptfeind USA befunden. Nun zeigt sich, daß die Staatskommunisten aus dem Osten unsichere Kantonisten einer grundsätzlich gegen die kapitalistische Herrschaft gerichteten revolutionären Bewegung geworden sind. Eine freie und offene Theoriearbeit haben sie ohnehin seit Jahrzehnten für ihren "Führungsanspruch" auf Null gebracht, weite Teile der im Westen gegen das kapitalistische Herrschaftssytem entwickelten Kritiken haben sie ohnehin nie interessiert und das drückt sich nicht nur in dem von allen Zweifeln ungetrübten Bau von "sicheren sozialistischen AKW's" aus. Aber natürlich, die "Systemkonkurrenz" fast hatten wir sie ganz vergessen: Diese Theorie besagt, daß die realsozialistischen Staaten in ihren Entscheidungen gegenüber dem ökonomisch und militärisch stets überlegenen Westen natürlich niemals "frei in ihren Entscheidungen waren. Allerdings: War dieser Spielraum für die RGW-Staaten aber immer so minimal, daß sie sich gezwungenermaßen auf einen aussichtslosen ökonomischen Wettlauf mit dem Kapitalismus eingelassen haben, von dem schon nach kurzer Zeit offenkundig war, daß er auf dieser Ebene nicht zu gewinnen ist? Wieso wurden innerhalb der Gesell-

schaften keine offene Diskussion darüber geführt, daß es für den Bestand des eigenen Gesellschaftssystems notwendig ist, andere Maßstäbe zu entwickeln, als die in den 5-Jahresplänen proklamierten Vergleiche zwischen Trabi und Daimler Benz Kutschen?
Die Kommunistischen Parteien haben jahrzehntelang mit ihrem "demokratischen Zentralismus" nicht nur die Entwicklung einer organisierten sozialistischen Opposition in ihren Staaten verhindert, sondern auch noch die Realität in ihren Gesellschaften nach Maßgabe ihrer Ideologie umgefälscht. Mittlerweile haben weite Teile der Bevölkerung keine Lust mehr darauf weiter für den leeren Herrschaftsanpruch einer zum Teil korrupten Bürokratenclique und das auch noch in einer ökonomisch stagnierenden Gesellschaftsformation belogen zu werden. Aus welchem Grund sollten die Menschen ohne übergreifende politische Idee einen aussichtslosen jahrzentelangen ökonomischen Mangel in einer Gesellschaftsstruktur ertragen werden, daß zudem auch noch so dumm ist eigenständiges Denken zu unterbinden und notfalls zu bestrafen? Wo alles so auf den Hund gekommen ist, erscheinen die paar bunten glitzernden Glasperlen im Kapitalismus allemal noch attraktiver als die billigen Fahrpreise in einem hoch subventionierten Personennahverkehrssystem, das ohnehin so gut wie niemals funktioniert hat. Und wir stehen angesichts der DDR-Sozialbewegung reichlich hilflos ohne richtige mobilisierungsfähige Idee vor den DDR'lern und warnen sie vor einem "bösen Kapitalismus", den sie ohnehin noch nicht am eigenen Leib erfahren haben und den sie nur aus dem bunten Werbefernsehen kennen. Und angesichts der zerrütteten Ostblockökonomien fordern einige von uns gleich die "Anarchie" während andere sich ganz unbefangen weiter "Für den Kommunismus".einsetzen. Na, die DDR'ler werden sich bedanken und viele von uns ziehen es bei derartigen "revolutionären Forderung" auch erst mal vor, auf Tauchstation zu gehen.

Wir erbitten einen Vorschlag:

In einer Zeit
- wo offenkundig wird, daß sich die kapitalistischen Systeme in der Systemauseinandersetzung gegenüber den sich zeitweise als "Gegensysteme" betrachtenden real sozialistischen Staaten als siegreich erwiesen haben.
- wo weite Teile der "Peripherie" (insbesondere Lateinamerika, Afrika und Teile Asiens) nach jahrhundertelanger Ausplünderung und den im letzten Jahrzehnt durchgeführten Zwangsdiktat des Schuldenregimes von IWF und Weltbank ökonomisch und sozial völlig zerrüttet in die Agonie fallen gelassen werden;
wo sich die BRD zusammen mit der geschluckten DDR anschickt, als Großdeutschland zu der alles beherrschenden europäischen Hegemonialmacht zu werden - (was sie ökonomisch ohnehin schon lange ist!)
- wo Nationalismus, Neofaschismus, Ausländerfeindlichkeit und Deutschtümmelei grassieren und rassistische Asylgesetzgebungstechniken perfektioniert werden;
- wo im Bundestag von allen Parteien - auch von den Grünen - das "Deutschlandlied (noch dritte Strophe) gegröhlt wird;
- wo die ärmeren Teile der Bevölkerung aus bestimmten Stadtteilen durch den Zuzug von "geschmackvoll konsumierenden, kultur interessierten" und vor allem zahlungskräftigen "Yuppies" rausgedrängt werden sollen
- wo selbst vermeintlich rot-grüne Reformregierungen sich einen Dreck um die soziale Not (Mieten, Obdachlosigkeit) kümmern, Hausbesetzungen polizeilich abräumen lassen und stattdessen mit allen Tricks versuchen die Armen gegeneinander auszuspielen, um so die soziale Konkurrenzsituation in der Gesellschaft noch zusätzlich zu verschärfen ;
wo Frauen durch die herrschenden patriarchalen Normen auch weiterhin zu einer für Männer beliebig verfügbaren Ware degradiert werden;
wo die sich die ökologische Krise trotz des "Ressourcenmangements" von multinationalen Konzernen und einer grün-alternativen ökologiemafia weiter zuspitzen wird;
ist es notwendiger denn je, lauter, breiter und entschiedener "Nein" zu sagen.
Auch wenn es nach den Veränderungen im "Ostblock" und den Sieg des Kapitalismus vieles neu zu überdenken gilt, neue Fragen gestellt und offen diskutiert werden müssen, gibt es keinen Grund von den in den letzten 20 Jahren hier entwickelten Momenten einer Konsum, Kultur- Imperialismus- und Patriarchatskritik abzurücken. Das ist zwar nicht viel und es langt - unbestrittener Weise! - natürlich noch lange nicht aus, um derzeit aktiver wieder an den Kräfteverhältnissen in unserem Sinne zu drehen. Aber diese Momente der Kri-

tik sind ein Faustpfand auf die Zukunft, um zu einem Kristallisationspunkt in neuen Auseinandersetzungen und Konflikten zu werden. Es wäre großartig sowohl unsere Fragen als auch diese Kritikmomente auf einer "revolutionären 1. Mai" Demonstration jenseits von scheinbar Klarheit verheischenden Parolen auszudrücken.

Warum wir in der Vorbereitung genau und vorsichtig sein müssen und eine Idee immer besser ist als gar keine!

Die "revolutionäre Mai-Vorbereitung" wird diesesmal nicht nur allein unter dem Druck der "derzeitigen Situation" im Osten stehen. Wir finden es genauso notwendig sich in Form einer Art Bilanz mit einem Jahr "rot- grün" in der Stadt auseinanderzusetzen. Was hat er eigentlich wem gebracht? Stichworte in diesem Zusammenhang wären z.B. keine Einführung der Mietpreisbindung in West-Berlin, was u.a.. nach wie vor explodierende Mieten in der Stadt zur Folge hat; polizeiliche Bekämpfung aller Selbsthilfeversuche gegen die Wohnungsnot durch über 30 Häuserräumungen mit über 300 Personalienfeststellungen von BesetzerInnen; anhaltende Pläne Teile des Spandauer Forstes für die Pläne der Energieversorgungsmultis zum Bau einer Atomstromtrasse wegzuhacken und last but not least: Aktives Management um die Olympischen Spiele im Jahr 2004 in die Stadt zu bekommen.

Auf der Haben-Seite dieses reformistischen Senates ist unzweifelhaft zu verbuchen, daß die Blechbüchsenfigur Momper auch dank der Hofberichterstattung der TAZ recht populär geworden ist, die AL-Senatorinnen sich mittlerweile für Pressebälle im ICC Kleider im Wert von je 6000 DM schneidern lassen, Anne Klein im Pilotenspiel ihre Kumpanen um 20000 DM abgezockt hat und auf einigen Straßen u.a. in SO 36 Tempo 30 eingeführt werden soll. Wen wundert's daß sich weite Teile der AL unter diesem Senat ganz wohl fühlen. Die AL hat ihn lieb gewonnen, ihren bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat, der seine ehemals radikal-bewegten Kinder in seine deutsche Volksgemeimschaft heimgeholt hat.

Doch was ist nun mit uns?

So einheitlich - wie die Presse es den Leuten immer zu glauben machen versucht - sind wir ja nun nicht: Die Meinungen, Einschätzungen, Erfahrungen und praktische Politikansätze gehen ja bei uns in der Regel immer kreuz und quer durcheinander. Das ist auch in der Regel nicht besonders schlimm, zumeist eher fruchtbarer als die großen schlauen alles erklärenden Politikstrategien, die nicht schon erst bei den alten ML-Parteien baden gegangen sind. Trotz allem kommen wir aber selber nicht darum herum von Zeit zu Zeit ein paar Sachen zu unternehmen, um zusammenzukommen damit wir uns mal wieder kontrovers austauschen können. Denn ohne irgend eine Form von organisatorischen Zusammenhang macht jeder und jede Gruppe das was sie will, was über kurz oder lang zu einem Ende von Politik führt. Es geht also mal wieder um unsere vielbeschworenen Strukturen, die wir in der ersten Mai Vorbereitung zum Thema machen sollten. Zu quatschen gäb's da doch 'ne ganze Menge: Warum haben wir es z.B. das ganze Jahr 89 nicht hinbekommen eine "vernünftige" Hausbesetzung hin zu bekommen, die endlich einmal zu tatkräftigeren Aktionen im Falle einer Räumung hätte führen können? Ist die alternative zu diesem Zustand ausschließlich und allein ein Kleinkrieg im Kiez gegen Reformisten und ihre Handlanger, den über So36 fast niemand mehr versteht geschweige denn, das er zu vermitteln ist?

Was ist eigentlich mit der vielbeschworenen Bündnisoption der autonomen Antifa-Koordination? Ist die antifaschistische Bewegung auch dadurch (?) immer noch am wachsen, werden Menschen in diesem Kampf "autonomer" d.h.. von Organisationen unabhängiger oder ist

das Bündnis von Seiten der Reformisten ein Werkzeug um die autonome Szene in der Stadt ruhig zu halten und zu spalten?
Wie immer gibt's natürlich noch sehr viel mehr Fragen und selbstverständlich noch sehr viel weniger Antworten darauf. Die Diskussionen darüber sind aber notwendiger denn je. Wir finden z.B. daß die Kübel-Diskussionen ein gelungenes Beispiel dafür sind, wie wir's trotz aller Kontroversen hinbekommen haben uns darüber auszutauschen. Ob's uns paßt oder nicht. Wir sind bei Strafe unseres Unterganges als politische Bewegung aufeinander angewiesen.

Was heißt das nun konkret?

Die Bullen, der rot-grüne Senat, die Springer-Presse und die nicht weit davon entfernt liegende TAZ haben ihre eigenen Vorstellungen **von dem Ablauf des "revolutionären 1. Mai"; Allen gemeinsam ist das Interesse uns politisch zu isolieren**, in die Ecke zu treiben und je nachdem ganz praktisch - wie z.B. bei der letzten Kiez-Demo fertig zu machen. Die Schmierfinken vom TAZ-Lokalteil fangen bereits jetzt schon an, einen massiven Bulleneinsatz unter dem Motto: "Vernagelte Autonome? Da hilft nur noch der Bullenknüppel!"
Vielen von uns sind zudem noch die - vorsichtig formuliert! - sehr weitgefaßten Einschätzungen vom Ablauf des letzten "revolutionären 1. Mai" insbesondere auf dem Lausitzer Platz in Erinnerung. Eine Reihe von Genossen sagen bereits schon jetzt, das sie unter keinen Umständen auf eine Wiederholung Lust haben, den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf den Ablauf der Demo legen wollen und danach das Straßenfest in aller Ruhe - bis zum geplanten Ende! - genießen wollen. Wir wollen uns aber an dieser Stelle nicht hinter den anonymen Genossen verstecken und ehrlicherweise sagen, daß wir ihre Meinung von ganzen Herzen teilen. Das Lauseplatzfest ist als Kommunikationsort im Jahr eine der wenigen Gelegenheiten, wo sich im Kiez verschiedene Sziens treffen. Eine Neuauflage des Ablaufes des letzten 1. Mai, insbesondere auf dem Lausitzer Platz würden wir schon jetzt als mittlere politische Katastrophe einschätzen, was übrigens nicht bedeutet, daß wir damals alles beschissen fanden. Wir haben jedenfalls keine Lust uns mit unseren Formen in relativ einfach für die Bullen vorrauszubrechenbare und von Teilen der reformistischen Linken erwünschten ritualisierten ausdruckslosen Formen einmauern zu lassen. Mit den "Mythen" ist das ohnehin immer schon so eine Sache gewesen und wir sagen: "Stecken wir alle Mythen in schwarz-rote Abfalltüten!"
Wir haben vielmehr Lust daran zu überlegen, wie wir es schaffen können uns zu dem Zeitpunkt Ende April - 1. Mai so zu organisieren, daß wir eine offene-attraktive und liebenswürdige nichts desto trotz mutige und entschiedene politische Kraft ausstrahlen, wo viele, die noch nicht bei uns mitmachen, anfangen zu denken: "Oh, wenn ich da nicht hingehe, dann verpasse ich was!"
Konkret kann das heißen, daß wir einfach mal anfangen zu sammeln, was Leute so machen und was sie interessiert. Offene Fragen gibt's wirklich wie Sand am Meer und vielleicht haben auch andere daran Interesse. Es wäre vermessen nicht davon auszugehen, daß nicht auch viele in unseren Reihen durch die jüngsten Entwicklungen mehr oder weniger stark verunsichert sind. "Neubestimmung" geht alleine nicht nur über das Ereignis einer mehr oder weniger gelungenen Demonstration, viele Auseinandersetzungen sind bereits im Vorfeld notwendig. Was für uns selber gilt, gilt vermutlich noch einmal in verstärkten Maße, die sich eher symphatisierend am Rand der weitgefaßten autonomen Szene herumtummeln. Es wäre die Frage zu diskutieren, in welchen Formen diese Menschen und ihre Vorstellungen in die praktischen Mai-Vorbereitungen integriert werden können. In diesem Zusammenhang ist bei uns die Idee einer "revolutionären Mai-Woche" entstanden, die wir als eine Art offenes Forum verstehen, an der sich alle Leute mit Interesse beteiligen können. Diese "Woche" soll mehrere Tage umfassen, in der wir - ähnlich wie bei der IWF-Aktionswoche - (natürlich alles nur viel kleiner und bescheidener!) - größere und kleinere Treffen, Veranstaltungen, Feten, Volksküchen, Filme, öffentliche Aktionspunkte vorbereiten, an der sich alle unsere Gäste, Freunde, Verwandten und Bekannten nach Herzenslust unter dem Motto: "Wir wissen zwar noch nicht hundertprozentig wo's längs gehen soll, aber die Stillegung der herrschenden Klasse weltweit soll dabei schon herauskommen!" beteiligen können.
Veranstaltungen, Treffen und Diskussionen ließen sich u.a.. zu "Bilanz und Perspektiven von etwas über einem Jahr des rot-grünen "Reformsenats" vorbereiten, wie steht's derzeit eigentlich im [illegible] Häuserkampf, Was ist mit den Debatten und Kontroversen im Antifa-Bereich? Welche Perspektiven sind denkbar um wieder



mehr Druck für den Kampf um Zusammenlegung zu machen? Wann gibt der rot-grüne ökosenat das Signal um den Spandauer Forst für die Atomstromtrasse abhacken zu lassen und was machen wir? Gibt's für uns Gründe uns an den Papiertigerlinkenkongreß in Frankfurt zu beteiligen und wenn ja, dann wie? Vielleicht können ein paar DDR-Genossen über die Situation "drüben" ein paar Tage vor der Wahl berichten, während wir von "hüben" erzählen und überhaupt ...
Aktionsideen, die unseren Anspruch auf die ganze Stadt dokumentieren könnten u.a.. sein: "Wir wollen nicht immer nur unseren Stadtteil Kreuzberg kaputtschlagen, wir machen jetzt ein Camp im Grunewald" oder "Wir prassen gemeinsam in Yuppie-Kneipen in Charlottenburg"; "Wir suchen uns alle eine Bleibe in der Bettenabteilung von Kackstadt" usw.
Im Hinblick auf die "Ost-West Problematik" wäre zu überlegen, ob man jenseits von der moralisch zwar richtigen, praktisch-politisch jedoch etwas hilflosen Anti-Wiedervereinigungsparole zusammen mit Ost-Berliner HausbesetzerInnen und sonstigen autonomen Basisgruppen eine Demo in Ost-Berlin etwa unter dem Motto: "Für ein selbstbestimmtes Leben und das Recht auf Existenz gegen fremdbestimmte Arbeit, Leistung und kapitalistisches Einkommen" organisieren könnte. (Es gibt sicherlich noch zündendere Parolen als diese und die Entscheidung zu dieser Aktion muß ohnehin weitgehend von den FreundInnen in Ost-Berlin getroffen werden.)
Und am vorläufigen Schlußpunkt dieser Woche gibt's ne riesige revolutionäre Mai-Demo, an der soviel Menschen wie niemals zuvor teilnehmen, laut und vernehmlich "Nein" rufen, den Scheiß-Senat und die Bullen auslachen und sich von niemanden einschüchtern lassen. Und das meinen wir sehr ernst. Wir werden in den konkreten Vorbereitungen sehr genau zu diskutieren haben, wie wir auf unseren Demonstrationen unser Recht auf Anonymität gegen die Bullen durchsetzen können. Gleiches gilt auch für Spaliere im Kiez , die wir am 1. Mai nicht einfach hinnehmen sollten. Diese Fragen wäre jedoch zuallererst politisch und nicht technisch diskutieren. Wie unsere Stimmung dazu, was trauen wir uns zu an inhaltlichen Auseinandersetzungen darüber zu initiieren, wer und wieviele wären bereit ein derartiges Demokonzept zu tragen und vorzubereiten?
Was sagen unsere vielen Fragen anderes, als daß wir anfangen müssen sie zu beantworten?

Avanti, avanti, Genossen und Genossinnen!
Wer zu den Vorbereitungstreffen zu spät kommt, den bestraft das Leben (Gorbatschow)
Hinter dem Horizont geht's weiter zur Revolution ... sagt nicht nur Udo Lindenberg.

Kutte, Paula und die sieben anderen Meerschweinchen

Volxdoku

Immer wieder tauchen sie auf. In unseren Flugblättern und Anschlagserklärungen werden sie als Integrations- oder Kiezstrategen, ZerstörerInnen einer über längere und kürzere Zeit entstandenen Stadtteilkultur, HelfershelferInnen des Kapitals etc - kurz gesagt als TäterInnen bezeichnet. In ihrer Selbstdarstellung sind sie sozialbewußte, fortschrittliche StadtplanerInnen, Bollwerke gegen die Kahlschlagpolitik der Baumafia und Regierung; Opfer der Borniertheit und Kurzsichtigkeit einer gewaltsamen Minderheit. Es geht um den Verein SO 36, STERN, SPASS, STATTBAU etc..
In der Zwischenzeit haben sich diese Institutionen verselbständigt. Fällt ihr Name, können wir alle ein paar schweinische Episoden dazu erzählen. Manche sehen sie als offenen Feind; andere betrachten sie als Reformisten, die durch Sachzwänge (Geld vom Senat, das Gefühl das Schlimmste verhindern zu können) zwischen die Fronten geraten sind. Was unter uns nie richtig gelaufen ist, ist die Zusammenstellung bzw. Dokumentation (Versuche gab es wohl) unsere Erfahrungen mit diesen Institutionen - besonders in den Jahren nach dem 1.Mai 87 - zusammenstellen. Mit einer Solchen Zusammenstellung wäre es möglich, die Ziele und Methoden dieser Institution genauer zu analysieren. Es sind die gleichen Ziele und Methoden, die anderswo in Berlin, in der Brd und auch bald in der DDR verwendet werden. Eine solche Dokumentation kann auch zur Präzisierung unserer eigenen Politik dienen. Nach den Erfahrungen mit der Inter-Doku, worin wir versuchten, die Ziele und Methoden eines Amtes zur Integration oder zur Vertreibung von Roma in Köln herauszukristalisieren, möchten wir in dieser Dokumentation die Ziele, Mothivation und Methoden verschiedener Institutionen die keine Regierungsämter sind, herauszuarbeiten. Es wäre wichtig, eine genaue Feststellung ihrer Rolle, auch mit ihren Unterschieden, zu erreichen, da diese auch für andere Bereiche übertragbar sein könnten. Was diese Istitutionen für Stadtplanung sind, sind ähnliche Institutionen im Bereich Ausbildung, Gesundheitswesen, Bildung, Arbeit, Entwicklungshilfe, etc.. Für eine solche Feststellung brauchen wir nicht nur Analysen, sondern auch Erfahrungen aus dem Alltag. Viele haben sich auf sie eingelassen, Hilfe oder politische Allierte gesucht. Es wäre gut, wenn ihr diese Erfahrung zusammenfassen würdet und uns schickt. Wenn genug Material zusammenkommt, werden wir es zusammenstellen uns Allen zugänglich machen. Wir wollen danach schauen, daß dies Dokumentation auch in die richtige Hände in der BRD und der DDR kommt.
Post an: INTERIM, Gneisenaustr.2a, 1000 Berlin 61

VOLXSPORT STATT OLYMPIA 2000

Es wird im Moment in einem rasenden Tempo Geschichte von oben gemacht. Ganz abgesehen davon, daß wir noch gar nicht in der ganzen Dimension einschätzen können, was das alles heißt - auch für uns heißt - liegen die grenzen unserer Politik offen da, ist für Jede/n von uns schmerzlich spürbar, daß wir so kein Gewicht in der Geschichte, kein Faktor sind, nicht in der Politik präsent sind. *

Das heißt aber nicht, daß hier niemand mehr was anderes will, als das, was von oben diktiert wird. Aber unser Unten ist sprachlos, findet keine Worte gegen die Ohnmacht - starrt in den TV und legt sich schlecht drauf ins Bett.
Noch sind es keine ausgereiften Gedanken - aber sie sollen jetzt raus: Zur Zeit sind in diesem Land hier einige Fragen der weiteren Inneren Ausgestaltung offen. Sicher, die Hauptfrage, die Frage einer Vereinigung von BRD und DDR ist gelaufen; es ist nur noch eine Frage des Wann und Wie. Diese Niederlage haben wir uns schon, ohne richtig zu kämpfen begonnen zu haben, abgeholt. Aber wenn die Situation an einigen Fragen noch offen ist, sollten wir da nicht versuchen, sie an einigen Punkten in unsere Richtung zu bewegen statt weiter wie die Kaninchen auf die Schlange zu starren?? Lieber Niederlagen einstecken als alles aussitzen und auf bessere Zeiten warten.

Wir sitzen da und warten die nächste Schweinerei der Macht ab, an der wir uns dann wieder negativ hochziehen können.

Mit dem 9.November ist unser Kreuzberg der letzten 10-15 Jahre zuende gegangen. Nicht aprupt, aber schleichend wird ab jetzt eine ganz andere Umstrukturierung und Durchökonomiesierung einsetzen, die auf lange Sicht unsere Nischen- und Klitschenwirtschaft gefährdet - die eben die materielle Grundlage unserer autonomen Szene und Lebens ist (egal ob wir das gut finden oder nicht). Nicht mehr die mit Milliardenbeträgen aus Bonn subventionierte Frontstadt, sondern das Ost-West Handels- und Dienstleistungszentrum ist angesagt. Und wahrscheinlich die Hauptstadt der BRDDR. Städte wie Paris und London sind "Vorbild" und der Versuch, die "rebellischen" Teile der Bevölkerung in die (nun wieder real vorhandenen) Vorstädte abzudrängen.

Finanziert werden wird diese Umstrukturierung wahrscheinlich über "Olympia 2000 bzw. 2004" - wo für die Bevölkerung eine gigantische 750 Jahr-Feier inszeniert wird, als Brosamen ein ausgebautes S-Bahn-Syste abfällt und sich die Bonzen gesund stoßen. Die Stadt wird mit einem zehnjährigen "Boom" (?) beschäftigt. Was Olympia für die Volxviertel bedeuten kann, sieht mensch zur Zeit sehr gut in Barcelona (1992), wo es den Herrschenden mit ihrer Sanierung gelingt (was ihnen unter Franco nie gelang), in die alten subproletarischen Viertel der Innenstadt einzubrechen. Aber noch formulieren wir uns dazu überhaupt nicht - nicht mal Breitensport statt Spitzensport (z.B. mehr Sportplätze und Hallen - auch für Nicht-Vereine - statt Stadien) wird gefordert. Volxsport statt Olympia 2000.

In Amsterdam ist es gelungen, Olympia 1992 zu verhindern - nur dürfte uns das hier in Berlin wesentlich schwerer fallen, da es aufgrund der politischen Rahmenbedingungen keine Alternative zu Berlin gibt.

Hier fallen mir jetzt zig Forderungen ein, die wir dieser Entwichlung entgegensetzen können. Doch sie klingen im Moment (noch) hohl und leer, moralisierend; da steckt keine Kraft dahinter: Die Häuser denen, die drin wohnen. Keine Olympia 2000 oder Keine Hauptstadt Berlin.

Ganz wichtig ist mir (als Mann) auch die Gefährdung des entmilitarisierte Status von Westberlin - noch kann ich mir kaum vorstellen, was es bedeute wenn die Kreiswehrersatzämter der Bundeswehr hier ihre Filialen aufschlagen können und versuchen werden, uns 18 Monate unseres Lebens zu

klauen. Auch da sollten wir uns schnellstens formulieren - gegen alles Militär, für Neutralität. Kurz taucht von den Sowjets und Hans Modrow der Vorschlag auf, Wiedervereinigung gegen Neutralität, aber da ist keine Anti-NATO-Kampagne mehr, keine Friedensbewegung, die sofort als Subjekt auf die Strasse stürzt und wenigstens dieses realpolitische Zugeständnis rausholt, da ist nut Genschmen und Birne, und zwei Tage später ist auch diese Möglichkeit vom Tisch. (?).
Was nicht Alles würde jetzt eine antimilitaristische und Anti-NATO-Kampagne bewegen??

Und da ist noch der neue "autonome Abenteuerspielplatz" im Süden Berlins - der geplante Großflughafen bei Zossen. Schon formiert sich die ortsansässige Bevölkerung in den Dörfern rund um Schönefeld. Sicher sind das ausgetretene autonome Pfade, das Anrennen gegen industielle Großprojekte und die Grenzen dieser Politik sind uns wohlbekannt, aber trotzdem sind das Terrains, auf denen wir was erreichen können: mindestens Eisenbahnen statt Flugzeugen. Deutlich runter mit den Fahrpreisen für Eisenbahnen (0-Tarif) und somit den umweltzerstörenden Flug- und Autoverkehr eingrenzen.

Auch was mit dem innerstädtischen Grenzstreifen passiert, ist noch offen. Warum ihn nicht mit einem riesigen "Kubat-Dreieck" besetzen bevor da das neue Regierungsviertel entstehen kann. Vor zwei Wochen gab's dazu ja schon ein Flugblatt.

Der nun neu aufkommende Nationalismus (auch vom rot-grünen Salat) geht voll gegen die internationalen Teile der ArbeiterInnenklasse vor: die Abschiebung von 20.000 PolInnen (der neuen illegalen Schicht) war geplant, und konnte gerade noch soweit behindert werden, daß es erstmal aufgeschoben ist. Ist das nicht schon ein kleiner Erfolg? Noch wehren sich zuwenige, und der "Polnische Sozialrat" kann auch nur 500 Menschen auf Demos mobilisieren; trotzdem zeigen sich da neue Ansatzpunkte. Mit Polen ist die sogenannte "Dritte Welt" auf einmal nur noch 50km von Berlin entfernt.

Wäre es nicht vorstellbar, daß sich diese Diskussionen, was wir hier jetzt wollen, um die Vorbereitung dews 1.Mai herum sich entwickelt. Erstmal als politische Bestimmung auf eine große und sozialrevolutionäre und internationalistische "1.Mai-Demo" hin. Aus unseren unausgegorenen gedanken durchdachte politische Ideen und Aktionen entwickeln. Ich fänd' das toll.

m.

* Der erste Absatz ist aus dem Vorwort der "Südwind" geklaut (aut. Info für den mittleren Neckar,

---

Nun weiß man es!

Manches Geheimnis war gar keins!

Es wurde schon während seines Entstehens bekannt – durch versteckt angebrachte Mikrofunksendeanlagen – im Volksmund **„Wanzen“** genannt – in Tagungsstätten, Künstlergarderoben, Geschäfts- und Privaträumen ...

Und heute? Sind Sie sicher davor? Haben Sie auch an Ihre Konkurrenz gedacht?

Keine Panik! Suchen Sie nicht selbst!

aus: "Neues Deutschland" vom 16/2/90

Beauftragen Sie uns!

Wir sind die Profis von der **Deutschen Post!**
Ihr Wunsch nach Diskretion in Ihren Räumen – wir erfüllen ihn!
Für Parteien und politische Vereinigungen noch vor der Wahl!
Unsere Erfahrung und modernste technische Ausrüstung für Ihre Sicherheit!

Wir arbeiten zuverlässig und schnell!



Deutsche Post
Zentralamt für
Funkkontroll- und
Meßdienst
Waldpromenade 4
Berlin, 1170

Telefon: Berlin 6 50 23 15
Telex: 0112697 ZFK

VOX POPULI — VORSPORT

MYTHEN KNACKEN!

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA

Spätestens um 1.00 Uhr wollten wir uns treffen. Jetzt ist es schon 1.05 Uhr und wir sind nur zu zweit hier am Treffpunkt hinter der alten Barracke. Ich kontrolliere noch einmal alle Sachen: eine kleine, wenn auch starke Taschenlampe, eine kleine Kneifzange, zwei Metallsägen mit Reserveblatt und einen Trichter. Endlich sehe ich auch die anderen. Sie kommen mit Fahrrädern. Ihnen war eine Plastiktüte mit 10kg Zucker heruntergefallen und aufgeplatzt, weshalb sie sich verspätet hatten.
Wir gehen los. Die Shell- Tankstelle ist nur 5 Minuten von hier, aber wir haben uns extra viel Zeit - also Spielraum gelassen.
Ein Zaun muß durchtrennt werden. Die Nachbarn dürfen nichts hören und was uns ganz wichtig ist: ein paar Minuten vor Ort zu verweilen, um die Stimmung auf uns wirken zu lassen.
Dann geht es los. Eine Genossin legt sich in die Büsche, um die Straße überblicken zu können, ein Genosse ist nur darauf konzentriert, den Kontakt mit ihr zu halten, um uns warnen zu können, falls sie ihm signalisiert, daß Passanten oder Wachschutz am Objekt vorbeigehen und uns bemerken könnten.
Eine andere Genossin und ich gehen, nachdem uns die Genossin in den Büschen signalisiert hat, daß alles ruhig ist, zum Tankfüllstutzen. Sie hebt den Metalldeckel, läßt sich von mir die Taschenlampe geben und öffnet den Verschluß. Ich reiche ihr den Trichter, den sie in die Öffnung steckt und wir füllen 10kg Zucker in den Tank. Das dauert 10 Minuten, da wir einen zu kleinen Trichter mitgenommen haben - Scheiße!! Merken für das nächste Mal.
Dann gehen wir zu den Zapfsäulen, dort wollen wir mit den Sägen die Zapfschläuche durchsägen.
Der Genosse sagt uns, daß die Genossin in den Büschen Passanten signalisiert hat. Wir verstecken uns hinter dem Tankhäuschen, als auch schon eine Hundebesitzerin mit ihrem Dackel an uns vorbeischlendert und ihren Fiffi auffordert, doch endlich schneller zu pinkeln, weil ihr kalt ist und sie noch sein Fresschen machen muß....
Das O.K. Signal kommt. Wir laufen gebückt zu den Zapfsäulen und fangen an zu sägen - kommt uns alles doch recht laut vor- aber wir fühlen uns sicher, denn die Genossin in den Büschen wacht über uns.
Wir wissen, daß wir uns gut vorbereitet haben. Wir kennen die Gegend, denn wir sind schon mehrfach hiergewesen, um zu beobachten, was um diese Zeit los ist, daß niemand etwas von der Aktion erfährt. Für den Fall, daß doch was schiefgehen sollte, haben wir einen guten Fluchtweg ausgecheckt.

Wir sind nicht die einzigen gewesen, die Shell-Tankstellen in dieser Nacht zerstörten. Es waren auch noch andere Gruppen unterwegs.

Es wäre doch gelacht, wenn wir Shell mit den vielfältigen Aktionen und Boykotts nicht kleinkriegen würden. Burn Shell to Hell!

Wir haben heute in Westberlin, Italien und in den Niederlanden gleichzeitig eine international koordinierte Sabotageaktion gegen Shell durchgeführt.

Diese Aktionen waren:

Westberlin : 7 Tankstellen sabotiert, Sachschaden

Barnestr: Zucker in drei Großtanks, zerschnittene Schläche
Kolonnenstr: mit Parolen verziert , Schlösser und Tankpistolenschlösser verklebt
Bismarckstr: Zucker in zwei Großtanks
Mariendorfer Damm: Schläuche zerschnitten
Rupiner Chausee: Parolen gesprüht, Schläuche zerschnitten
Spandauer Damm : Parolen gesprüht und Schläuche zerschnitten

Italien : 7 Tankstellen sabotiert

Niederlande: 4 Tankstellen sabotiert, Sachschaden

in der Nähe von Amsterdamm : Schlösser verklebt, Schläuche zerschnitten, Zucker in unterirdischen Tank, allg. Sachschaden
Deventer : allgemeiner Sachschaden an sechs Autos/Tankwagen, Fenster kaputt
Heemstede : unterirdische Tanks versaut
Arnheim : Schläuche zerschnitten, Schlösser verklebt, unterirdische Tanks versaut, allgemeiner Sachschaden
Die Aktionen sind Bestandteil der seit 1986 geführten radikalen Kampagne gegen Shell

Wir greifen Shell an,

... als Träger von Apartheid, Ausbeutung und Unterdrückung der Schwarzen in Südafrika. Shell bricht seit Jahren das von der UN erklärte Ölembargo gegen Südafrika, beliefert die Polizei und Armee mit Treibstoff, Schmiermitteln und Grundstoffen für die Herstellung von Tränengas und Napalm. Außerdem ist Shell der größte Auslandsinvestor in Südafrika.

...als Träger von Ausbeutung der Umwelt in weltweitem Maßstab. Zum Beispiel ist Shell mitverantwortlich für die Verschmutzung der Nordsee und durch die bewußte Einkalkulierung von Umweltschäden durch den Export und Gebrauch des in Europa verbotetenen Pestizides Dieldrin. Shell benutzt die Natur wie einen ökonomischen Null-Faktor, als ob sie kostenlos wäre. Alle Folgekosten, seien sie im Gesundheitsbereich, in der Boden- oder Luftverschmutzung, werden automatisch auf die Bevölkerung abgewälzt.

...als einen Träger des bio- und gentechnologischen Angriffs zur monopolistischen Umstrukturierung der Nahrungsmittelkette. Dies macht sich auf der Ebene der Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidproduktion sowie der industriellen Weiterverarbeitung und Verteilung fest. Eine jetzt schon absehbare Entwicklung ist die Zerstörung kleinbäuerlicher und Subsistenzstrukturen weltweit.

...als eine der wesentlichen Stützen des Griffs Westeuropas zur Weltmacht im Bereich der Kontrolle über Primärenergieträger und im Bereich der spitzentechnologischen Forschung wie der Gentechnologie.

Die Kampagne "Shell raus aus Südafrika" läuft auch, um eine revolutionäre Perspektive dort zu unterstützen. Die Multis waren in den letzten Jahren gezwungen gewesen, ein Konzept zu entwickeln, das auf eine Reform der Apartheid hinausläuft. Dadurch versuchen sie die Hauptkritik und den Angriff der Befreiungsbewegungen und der internationalen Solidarität wegzunehmen.
Apartheid bedeutet Ausbeutung und Unterdrückung unter extremen rassistischen Bedingungen. Jetzt soll ein Modell entstehen, das Ausbeutung und Unterdrückung erhält und weiterentwickelt, mit einem neuen Gesicht: die formelle Abschaffung des Rassismus gegen der Erhalt der Macht der Multis.

Internationale Solidarität heißt für uns die Träger von Ausbeutung und Unterdrückung hier anzugreifen. Ein Kampf gegen einen der führenden Konzerne der Welt hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er international geführt wird. Unsere Aktionen verstehen wir als Schritt in der notwendigen Internationalisierung, in der Kontinuität der bereits gemachten, internationalen Aktionen.

Multinationale Konzerne wie Shell bestimmen stark das Leben nicht nur in den drei Kontinenten, sondern sind auch in Europa verantwortlich für die Ausbeutung und Unterdrückung.

Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt heißt hier in Europa für eine wirkliche soziale Veränderung zu kämpfen, heißt zu kämpfen für ein Leben, eine Gesellschaft ohne Patriarchat, Ausbeutung und Unterdrückung. Revolutionäre Perspektive heißt, einen gemeinsamen Kampf zu organisieren, jenseits nationalstaatlicher Grenzen. Dabei ist jeder Angriff auf Shell, egal ob mehere gleichzeitig, koordiniert oder nicht, Teil des Kampfes.
Was wir brauchen, sind Strukturen der internationalen Kommunikation und Diskussion, um gemeinsam handlungsfähig zu werden.

Gegen das Europa der Herrschenden - entwickeln wir das Europa des Widerstandes.

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA
KILL A MULTI

SÜDAFRIKASTAND AUF DER ITB

Die Apartheid - Politik geht weiter -
der Shellboykott auch - International

Aufruf des Anti-Shell-Bündnisses zum Besuch des SA -Standes
auf der ITB (3.3.)

Seit Jahren versuchen Anti - Apartheid Gruppen,den SA - Stand auf der ITB zu verhindern.Bislang ohne Erfolg.
Nach denjüngsten Ankündigungen de Klerks und dem allg. Jubel über den Reformwillen der Regierung,halten wir es für zunehmend wich - tiger,klarzumachen,das mit einer Abschaffung sog. Rassentren - nungsgesetzedie Apartheid noch lange nicht abgeschafft ist.
Das es die Linke Opposition in Zukunft noch schwerer haben wird angesichts dieser Reförmchen,die schliesslich nur den Zweck ha - ben,ausländisches Kapital wieder ins Land zu holen,und angesichts der Umarmungsversuche grosser Teile der Opposition.

Ein breites Bündniss,- von Anti-Apartheid Gruppen über die Früchte-boykott Frauen,bis zu AL und Jusos - ruft am 3.3. um 14.oo zu einer Menschenkette vor der ITB auf.Um 15.oo ist eine Kundge - bung geplant,wo sich allem Anschein nach Momper als Anti-Apartheid-held feiern lassen will (laut Mompi stand es AUSSERHALB seiner Macht,den SA-Stand zu verbieten;technische Schwierigkeiten).

Und da Messehallen bekanntlich fürchterlich langweilig und grau sind,sollten wir das ändern.- Also,bringt alles mit was Krach macht - Was in Stuttgart,Köln und Hannover möglich war,Geht auch hier.

Treffpunkt vor der ITB pünktlich um 15.oo

Von einigen nochmal was zu uns selbst :
Wir wurden von einigen Leuten gefragt : Weshalb macht ihr eigent - lich gerade was zu Shell - das lässt sich hier niemand vermitteln - weshalb nicht Daimler oder Siemens etc, die hängen zudem auch ganz dicke mit im SA - Geschäft drin ?!

Erstmal : Seit Jahren läuft die ANTI - SHELL KAMPAGNE in vielen europäischen Ländern und den UniStat mit viel Erfolg.
Dies sowohl in finanzieller Hinsicht (Sabotage/Umsatzeinbussen) als auch wegen der Rufschädigung des Konzerns.Vor allem in Hol - land und Dänemark ist die Sympathie überwiegend auf Seiten derer, die Schläuche schnippeln - und Shell ist derjenige,der sich öffent - lich rechtfertigen muss.
Die Kampagne könnte mit zunehmender Verbreitung,den Konzern noch empfindlicher treffen als bisher.Es gab unseres Wissens hier noch nie eine Kampagne gegen einen Konzern,die so verbreitet und erfolgreich,und die vor allem nicht nur gegen bestehende Geschäftspraktiken gerichtet war,sondern vor allem auch gegen den Multi als solchen.
Bisherige Kampagnen waren wesentlich begrenzter :
- Mitte der 80 - er gab es beispielsweise in mehreren skan - dinavischen Ländern eine Anti - Coca-Cola Kampagne zur Unter - stützung des langandauernden und schliesslich brutal nieder - geschlagenen Streiks von C.-C. - ArbeiterInnen in Guatemlala. Mit Erfolg.Umsatzeinbussen in Skand. zwangen C.-C. zum nach - geben.

Jedoch war diese Kampagne nicht gegen den Konzern als solchen gerichtet und von vornherein auf ein bestimmtes Spektrum be - grenzt (Kirchen/Gewerkschaften/einzelne Parteien).

- Ähnlich war es mit der Anti - Nestle Kampagne,die sich "nur" gegen den Verkauf von Milchpulver im Trikont und der agres - siven Werbung des Multis Richtete.
- Kampagnen gegen BRD - Konzerne gab es bisher wenige.Sehen wir einmal von den kritischen AktionärInnen und den Aktionsnetz - werken zu Chemie - Multis ab (die auf ein bestimmtes Spektrum von Menschen begrenzt sind und auch mit ihren Aktivitäten nur in eiem bestimmten Rahmen bleiben),
- waren Aktionen aus unserer Ecke immer nur auf bestimmte Ereig - nisse beschränkt (Stationierungsjahr `83 - gegen Rüstungs - konzerne,Hauptversammlung der Deutschen Bank vor 3Jahren , IWF - Aktionswoche) oder blieben,sobald Leute kontinuirlich dazu arbeiteten,auf die kleine Gruppe von MacherInnen beschränkt. Diese wirbelten zwar ungeheuer rum,recherchierten nach und

veröffentlichten Broschüren - allein dieses Wissen um die Schwei - nereien der Schweine genügte offensichtlich nie,mehr Leute langfristeig zu mobilisieren.

- So geschehen bei der Anti - Schering Frauengruppe Anfang der 80-er, - der im Ansatz steckengebliebenen Kampagne gegen Kaffee - konzerne83/84, - der KWU Kampagne , - und wie gesagt,bei IWF (Aktionen gegen Privatbanken,Kundgebung vor Schering,Siemens)

In den Jahren fanden z.T. sehr lange Streiks bei VW in Brasilien und Daimler Benz in SA statt;z.T. wurden Tausende von Strei - kenden entlassen -- wir haben dazu nicht mal ne Kundgebungung hingekriegt.Offensichtlich ist es die alte Geschichte mit dem Kopf und dem Bauch.Die Frage,was bewegt uns so tief,was Macht uns so wütend,dass wir unsere Wut umsetzen in Aktionen oder auch längerfristig an etwas Arbeiten.Oder,es ist im Gegenteil - der Witz einer Aktion,die uns antörnt,weils Mal was ganz anderes ist als der Bierernst des grauen Alltags,und weil die Herrschenden /Bullen damit überhaupt nicht umgehen können.

Was uns antörnt,uns an der Kampagne gegen den Multi Shell zu beteiligen (abgesehen um die Bedeutung/Geschäfte von Shell) :

- Zum eien,das hier die reele Chance besteht,einen Multi em - pfindlich zu treffen,-International.Ein Multi kann nur inter - national bekämpft werden.
- Wir können aus der Zusammenarbeit mit GenossInnen in anderen europäischen Ländern wichtige Erfahrungen sammeln für den Widerstand gegen das,wae uns mit dem bevorstehenden EG - Binnenmarkt blüht.
- Dann,das es wunderschöne Anregungen von GenossInnen aus Holland Dänemark und Schweden gibt,mal anders zu agieren.Gummibär - chen und Snickers gibts auch hier zu befreien,Tankstellen gibts genug.
- Und schliesslich,was bisher dufte läuft: das sich das Aktions - bündnis aus den verschiedensten Gruppen zusammensetzt (von autonomen über Schülergruppen ,AAB bis Früchteboykott Frauen), woes keine Abgrenzung von bestehenden Aktionsgruppen gibt.Natür - lich hat jede Gruppe ihre Schwerpunkte,letzteren geht es in erster Linie um SA,uns um den Multi Shell - es wäre jedoch Quatsch,sich vom Gegenteilüberzeugen zu wollen.

Nochmal,wir sehen die Menschenkette nicht als unsere Aktionsform an.Trotzdem sehen wir die Notwendigkeit uns anderen Aktions - formen gegenüber slidarisch zu zeigen,damit die Rassisten und ihre Büttel (drinnen wie draussen) merken das wir viele sind.



Einige aus dem Anti - Shell Bündnis

Räumungstermin für die Brümmerstraße 52 !!!

Nachdem die Uni-Leitung um der Senat deutlich gemacht hatten daß sie an Gesprächen mit uns nicht interessiert sind, hat die Uni-Leitung jetzt den ASTA (allg.StudentInnen Ausschuß) aufgefordert, sie zu unterstützen, daß wir die Brümmerstr. 52 bis zum 1.März freiwillig räumen.(siehe Brief von Zegenhagen und Antwort des ASTA)
Uns ist klar, daß nicht wir die Brümmerstr. räumen. Die Uni-Leitung muß als Besitzer Strafantrag stellen und sich des Bullenaparates bedienen, auch wenn sie ihre Verantwortung auf difusen Wegen verschleiern will.

Bei dem UnterstützerInnen-Frühstück am letzten Sonntag haben wir verschiedene Möglichkeiten erarbeitet, wie Leute sich in Aktionen vor, während und nach der Räumung einklinken können. Weitere Informationen gibt es im Info-Cafe in der Brümmerstr. U-Bahnhof Thielplatz

Kommt massenhaft,denn

Brümmerstraße bleibt !!!

Solidarität mit allen besetzten Häusern und Grenzstreifen !!!!

DER PRÄSIDENT
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

FU | BERLIN

- Z -

25. Jan. 1990
838 4071

Veranstaltung am 06.02.1990

Sehr geehrte Frau [redacted]

da der Hörsaal 1 a bis 22 Uhr bereits belegt ist, muß die Versammlung ab 18 Uhr im Hörsaal 1 b stattfinden. Hierfür ist die Raumvergabe genehmigt (Anlage).
Nach Ihrem Antrag ist ein Brümmerstraßenplenum an dieser Veranstaltung beteiligt, weshalb wir Ihnen bei dieser Gelegenheit nochmals kurz unseren Standpunkt zum besetzten Gebäude Brümmerstr. 52 mitteilen wollen.
Dem ASTA ist bekannt, daß der Vizepräsident Prof. Bütow mehrfach in Gesprächen mit den Besetzern der Brümmerstraße über deren Nutzung- oder allgemein Zielkonzept gesprochen hat, aber auch unseren Standpunkt zur weiteren Nutzung dieses Gebäudes im Aufgabenbereich der Universität dabei vertreten konnte. Da sich keine gemeinsame Linie zu weiteren Überlegungen durch das Beharren der Besetzer auf ihrem Konzept ergab, mußten diese Gespräche erfolglos abgebrochen werden. Die Senatorin für Wissenschaft und Forschung teilt ihrerseits mit, daß sie für weitere Verhandlungen keinen Anlaß sieht, nachdem die Besetzer bei einem Gesprächstermin mit den ASFen im Studentenwerk deutlich gemacht haben, daß sie nicht gewillt sind, ein Gespräch mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung zu führen. Dementsprechend sind weitere Gespräche mit den Besetzern seit Dezember 1989 nicht mehr möglich gewesen.

Für die Freie Universität gilt unverändert das Nutzungskonzept einer gemeinsamen Nutzung durch den neueingerichteten Lehrstuhl für Turkologie, für die Frauenbeauftragte und Behindertenbeauftragte ab 1. April 1990. Hiervon können wir nicht abgehen. Insbesondere hängt die Besetzung des Lehrstuhls für Turkologie von dieser Berufungszusage ab.

Wir möchten die Studentenvertretung bitten, uns dabei zu unterstützen, daß das Gebäude Brümmerstr. 52 ab dem 1. März 1990 für Renovierungsarbeiten zur Verfügung steht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Zegenhagen

Dr. Dr. Kurt Zegenhagen

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner StudentInnenausschuß (AStA)

FU | BERLIN

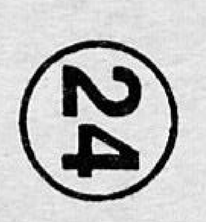
Freie Universität Berlin
(ASTA), Kiebitzweg 23, 1000 Berlin 33

An den Präsidenten
der Freien Universität
z. Hd. Herrn Zegenhagen

per Hauspost

Zeichen | Ihre Nachricht vom | Unser Zeichen | Telefon/Durchwahl (030) 831 40 08 / 831 45 36 | intern: 22 24 | Telex: 182 691 asta d | Druckerei Iltisstr 2-4 838 65 31

20.02.1990



Sehr geehrter Herr Zegenhagen,

überrascht waren wir von Ihrem Brief vom 25.01.1990. Wir sind nicht der verlängerte Arm des Präsidialamtes und sehen uns nicht in der Lage, Sie dabei zu unterstützen, daß das Gebäude Brümmerstraße 52 ab 1. März 1990 für Renovierungsarbeiten zur Verfügung steht.

Es müßte Ihnen doch bekannt sein, daß

1. wir den Offenen Brief der Brümmerstraße 52, in dem die BesetzerInnen den Erhalt der derselben als autonomen Lebensraum fordern, unterstützen

2. die Gespräche mit den BesetzerInnen von Herrn Vizepräsidenten Bütow ohne rational faßbaren Grund abgebrochen wurden, ohne daß dieser auf Forderungen und Anfragen der BesetzerInnen (z.B. Nutzungskonzept der Uni-Leitung für die B 52, Aufklärung über die Verantwortlichkeit der FU bei dem Abriß des Schwesternwohnheims in der Sylter Straße) geantwortet hätte

3. die gemeinsame Linie, die angeblich nicht gefunden werden konnte, seitens der FU nur in unsittlichen Angeboten Bütows bestand, den BesetzerInnen Wohnheimplätze im Studentendorf Schlachtensee zu beschaffen und Sie so an der Schlange der Wohnungssuchenden vorbeizumogeln

4. die Wissenschaftssenatorin den Gesprächstermin mit den ASten weder dem ASTA-FU noch den BesetzerInnen bekannt gegeben hat. Lediglich die BesetzerInnen waren bei diesem nicht-öffentlichen Klüngeltermin anwesend, weil sie ihre Ohren einfach überall haben.

Wenn Sie uns demnächst also wieder schreiben wollen, würden wir uns freuen, wenn sie sich als Herr der Lage erweisen würden, damit Sie eine kursierende publizistische Information entsprechend verarbeiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ASTA FU



Seit gestern nacht, 18.2..90, ca. 23^{00} Uhr haben wir den "Todesstreifen" belebt!

Menschen aus Ost und West haben gemeinsam

mit ihren mobilen Wohnungen(Bauwagen) den Grenzstreifen besetzt.
Unser Ziel ist es, ein deutliches Zeichen zu setzten gegen die Annektierung/Notschlachtung der DDR durch das westliche Kapital

Wir wollen hier leben und zeigen, daß Frau man weitgehend möglichst unabhängig von Geld ein menschenwürdiges, kollektives, herrschaftsfreies Leben gestalten kann.

Da uns jeder Staat diese Möglichkeit

verboten und Raum dafür verweigert hat z.B. Räumung durch die Polizei fordern wir hier ein staatenloses Niemandsland ,auf dem alle Menschen unabhängig und gemeinsam bestimmen können.
Bisher herbeigefaselte Pläne der Grenzschutztruppen(Bepflanzung mit 400 Topfbäumen, dem wir angeblich im Wege stehen) und angeblich gebrochenes Recht durch Grenzverletzung stehen als "Argumente" gegen unser Bleiben.
Die Westbullen geiern auf die Räumung von uns, und weil's eh juckt, die der Waldewagenburg gleich mit.
Unser Anliegen ist nicht, diese Grenze als antifaschistischen Schutzwall zu verletzen, sondern sie als diesen zu schützen, und durch Kommunikation eine Lösung zu finden, die nicht ~~nur~~ den Interessen des Kapitals gerecht wird, sondern einem Zusammenleben von Mensch und Natur.

AUF ZUR ANTI-AKW-DEMO NACH STENDAL/DDR AM 11.3.

In der BRD steht die Atommafia mit dem Rücken zur Wand. Seit Jahren konnten keine neuen AKW's in Auftrag gegeben werden. Prestigeobjekte wie der schnelle Brüter in Kalkar und der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop sind kläglich gescheitert. Bis heute völlig ungeklärt ist die Frage der Lagerung des bis jetzt produzierten Atommülls. Das sogenannte"Entsorgungskonzept" entpuppt sich für eine immer breitere Öffentlichkeit als Entsorgungslüge. Die Akzeptanz für die sog. friedliche Nutzung der Atomenergie ist in der Bevölkerung so gering wie nie.

Stoppt die Atommafia in Ost und West

Mit den politischen Veränderungen in Osteuropa, ist der seit den 70er Jahren bestehende Plan der Atommafia, im Osten Absatzmärkte für ihre Technologie zu erschließen, in Ansätzen jetzt Wirklichkeit geworden. Der Besuch des Atomministers Töpfer vom 16. bis 18.1. im DDR-Atommüllendlager Morsleben und auf der AKW-Baustelle Stendal macht dies deutlich.
Laut Töpfer sind die DDR-Atomanlagen, die alle aus der UdSSR stammen, eine "...Gefahr für ganz Mitteleuropa". Dies ganze Gerede vom mangelnden Sicherheitsstandard der DDR-Atomanlagen dient jedoch nicht dem Ausstieg aus der Atomenergie, sondern dem Einstieg westdeutscher Atomkonzerne ins lukrative Ost-Geschäft. Darüber hinaus wird die Überlegenheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems propagiert. Der Export westlicher Technologie in die DDR soll eine effizientere Form der Ausbeutung etablieren. Dieser Export ist ein Mittel zur Installierung der Herrschaft des westdeutschen Kapitals in der DDR.

Die Demonstration findet 1 Woche vor der Wahl in der DDR statt, aber schon jetzt steht fest, daß Kräfte an die Macht kommen werden (egal wer gewählt wird) die - gelinde gesagt - dem westdeutschen Kapital nichts entgegensetzen werden (können). Auch die politische Vereinnahmung der DDR durch die BRD scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Der Kampf gegen die Atommafia seit Brokdorf hat Erfolge und Niederlagen gebracht, zumindest sind in der BRD zuletzt kaum noch neue AKW's durchsetzbar gewesen. Jetzt besteht die Gefahr einer neuen Offensive der Atomwirtschaft mit dem Bau weiterer AKW's in der DDR und damit einer weiteren unerhörten Steigerung der Gefahr für uns alle.
Dem müssen wir etwas entgegensetzen und die Demo in Stendal erscheint uns eine gute Möglichkeit dafür zu sein. In Stendal werden vier 1000 Megawatt AKW's mit bundesdeutscher Unterstützung errichtet.

Zur Demo organisatorisch:
Staat und Gewaltmonopol in der DDR sind zur Zeit verunsichert bis handlungsunfähig, gute Voraussetzungen für eine gewltige, machtvolle Demo.
Der 11.März ist ein Sonntag, die Fahrzeit von Hamburg beträgt etwa 3-4 Stunden. Wir hoffen, daß genügend Leute da sein werden, um in Stendal einen großen autonomen, antiimperialistischen Block zu bilden.

- WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM - IN OST UND WEST !
- KAMPF DEM KAPITAL INTERNATIONAL !
- DER BAUPLATZ IN STENDAL MUß WIEDER ZUR WIESE WERDEN !

Autonome AKW-Gegner aus Hamburg

Für Leute, die keine Mitfahrgelegenheit haben, organisiert die BUU Busse.
Fahrpreis 28,-. Bitte rechtzeitig dort melden. Tel. 390 61 67

Achtung: Vorbereitungstreffen am 26.2. um 19.30 Uhr
in der BUU, Hohenesch 63 (Hinterhoftür)



ANTIFA - DISKUSSION

Kollegen, Antifaschisten, Genossen !
Viele von Euch werden sich bestimmt gewundert haben, daß zwar Schönhuber und Le Pen in der letzten Zeit in Berlin(West) sehr rührig waren, aber von Antifaschisten sehr wenig zu hören war. Obwohl man bei genauerem Hinsehen feststellen mußte, daß viele Termine schon vorher bekannt waren.
Trotzdem ist von den meisten Gremien und Organisationen, die sich in der Regel vollmundig als antifaschistisch bezeichnen, zu keinerlei Protest gegen die öffentliche Zurschaustellung aufgerufen worden. Nun verwundert dies nicht mehr so sehr, denn es gibt ja schon seit einiger Zeit entsprechende Erfahrungen(REP-Parteitag Juli 89/Connys Ermordung).Schon im Wahlkampf war ein entsprechendes Verhalten speziell von SPD und AL zu beobachten. Wir wollen deshalb versuchen hier einmal die Entwicklung der letzten Jahre grob darzustellen.

Mit der staatlichen Hetze gegen Ausländer und speziell den Asyl-Flüchtlingen, bekamen auch Nazis jeder Coleur wieder Oberwasser. Verstärkt traten sie in Erscheinung, traten z.B. nicht wenig in den sich gründenden grünen Gruppierungen ein, gerade Berlin(West) war in dieser Hinsicht besonders belastet. In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, was sind das eigentlich für Organisationen, in denen Faschisten ohne Probleme eintreten können. Nazis und andere Faschisten gründeten aber auch eigene Gruppierungen, zu den schon bestehenden, und gingen verstärkt mit Terror gegen Menschen vor. Wohlgemerkt hatten diese Kräfte niemals die Stärke, die ihnen angedichtet wurde, Sie waren da gefährlich, wo sie überraschend oder mit Übermacht auftraten. Schlug ihnen aber entschlossener Widerstand entgegen, konnte sie in der Regel nur die Polizei retten.

Da der Unmut in der Bevölkerung über diese Banditen immer stärker wurde, und anhand von Auseinandersetzungen, die letztendlich immer Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht wurden, versuchten einige Kräfte eine Doppelstrategie. Einerseits versuchten sie ihren Ruf aufzubessern, indem sie sich antifaschistisch gebärdeten(SPD,AL, SEW,DGB-Funktionäre,Trotzkisten,undandere).Andererseits waren sie aber sehr bemüht, in den Antifa-Bündnissen Positionen zu besetzen um dem militanten Kampf unter Kontrolle zu bringen und überhaupt diesem Kampf die Spitze abzubrechen. Fragt Ihr nach beweisen, es gibt Hunderte; aber jeder, der skeptisch ist, sollte sich diese Leute mal ansehen und anhören, wenn es Nazis oder deren Beschützer an den Kragen geht, da wird so einiges deutlich.

Inzwischen sind diese Kräfte in einer besonderen Zwickmühle, zum einen wollen sie ihren Einfluß bewahren, zum Anderen birgt jeder Aufruf zu einer Aktion die Gefahr in sich, daß dieser Drecksstaat seine wahre Fratze zeigen muß. Diese Fratze ist inzwischen (seit "ROT"/GRÜN) noch etwas verzerrter geworden, denn von der Brutalität mit der dieser Senat gegen mißliebige Leute vorgeht, könnte der alte Senat noch einiges lernen. Nicht nur, daß es jetzt noch brutaler zugeht(SEK-Einsatz), man ist auch raffinierter, es wird nicht mehr wahllos jeder umgehauen und man hat Diskutier - Bullen.
Was sollen diese Leute also machen, sie gebrauchen Ausreden, doch mit der Zeit fällt das auf. Dieser Zeitpunkt sollte spätestens jetzt gekommen sein. Da einige Kräfte in diesen Bündnissen nicht mal annähernd ihren Ansprüchen gerecht werden, müssen die ehrlichen Kräfte für Klarheit sorgen, und nicht wie am 13.2.90 beim Bündnistreffen diese Elemente noch teilweise in Schutz nehmen, bzw. gar nichts sagen, wenn diese kritisiert werden. Bei solch einem Verhalten brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn sie mit denen in einen Topf geworfen werden.

Auf diesem Treffen wurde angeführt, daß es noch andere wichtige Angelegenheiten gibt. Das hat aber auch niemand bestritten, wir sind sowieso der Meinung, daß Faschisten in dieser Gesellschaft sehr isoliert sind. Trotzdem stehen wir in der Pflicht gegenüber den Opfern der Faschisten, gegenüber unseren ausländischen Kollegen, gegenüber unserer Geschichte. Und diese Pflicht gebietet uns, daß wir öffentliche Auftritte von Faschisten nach Möglichkeit verhindern. Und wenn hier Bündnisse gegen Faschismus existieren, dann haben diese gefälligst zu entsprechenden Kundgebungen aufzurufen. Tun sie dies nicht, stellt sich die Frage, wozu sie überhaupt existieren.

Es erhebt sich allerdings sowieso die Frage, wie Kräfte, z.B. aus SPD/AL, die ja praktisch dem Unterdrückungsapparat und gleichzeitigen Beschützer der Faschisten, Befehle erteilen, wie diese Leute konsequent gegen Faschisten sein können. Dies müßte zumindest für die Ehrlichen unter ihnen ein Widerspruch sein, für die anderen ist es sowieso nur Schauspiel. Man muß sich nur mal ansehen, wie dieser Senat auch weiterhin mit Ausländern verfährt, wie Flüchtlinge aus der Ditten Welt weiter abgeschoben werden. Auch sein Verhalten gegenüber den zu Recht streikenden Erziehern ist sehr bezeichnend.

Welche Möglichkeiten Teile der REP`schen Politik durchzusetzen, davon träumen die REP, diese Machtmöglichkeiten werden ihnen wohl noch lange fehlen, wahrscheinlich ewig. Aber wozu haben die Herrschenden SPD/AL und andere, da wird REP lange nicht gebraucht. Wie oft haben gerade die oben beschriebenen Kräfte von der Unbesiegbarkeit der Faschisten lamentiert. Wie oft (praktisch immer) mußten wir aber sehen, daß sich hier Faschisten N U R unter massiven Polizeischutz öffentlich zeigen konnten.

Sieht man sich allerdings die Schweinereien an, die hier auch ohne Faschisten tagtäglich stattfinden, erheben sich folgende Fragen:
Wollen entsprechende " Antifaschisten " etwa ablenken ?
Fürchten sie etwa, daß hier mal ganz andere Fragen aufgeworfen werden ?
Sie stoßen systematisch einen Großteil der Antifaschisten in der Bevölkerung mit ihrem oberflächlichen und teilweise verlogenen Gelaber ab. Wenn es uns erstmal gelungen ist, das Vertrauen dieser Menschen zu gewinnen, dann wird hier nicht nur jede Faschistenversammlung verhindert, sondern, dann werden hier noch ganz andere gesellschaftliche Fragen auf die Tagesordnung gesetzt.

FÜR EINE KONSEQUENTE UNTERDRÜCKUNG VON FASCHISTEN

Berlin(West),den 18.2.1990

Antifa Bündnis verordnet staatlich zugelassene Protestformen

Vom 7.2.-10.2.90 wurden kaum Infos noch Aufrufe öffentlich bekanntgegeben, oder sie wurden zu spät verbreitet, noch wurde mobilisiert zu den Faschistentreffen.
Das Antifa Bündnis versucht Widerstandsformen zu sabotieren, indem sie bewußt Informationen zurückhält.
- Reps treffen sich ungehindert in Kneipe (7.2.)
- Schönhuber und Le Pen im Reichstag (8.2.)
- Landesverband Groß-Berlin im Rathaus Schöneberg gegründet(9.2.)
- außerordentlicher Landesparteitag der Reps im ICC (10.2.)

!!!!!DAS ANTIFA BÜNDNIS SCHWEIGT!!!!!
(hat das Antifa Bündnis noch das Schultheiß/ICC Trauma oder ist der Faschismus in dieser Stadt seit dem 29.1.89 demokratisiert?)

Am 13.2. fand ein sogenanntes Antifa Bündnistreffen statt, was sehr schwach besucht war. Auf die Frage warum nix mobilisiert wurde, gaben sie folgende Gründe an:
1. Vorbereitung des Antifa Kongresses in Frankfurt(das ja gesprengt wurde) 2. Habs zu spät erfahren 3. Grenzöffnung 4. Angst vor Militanz 5. Ursachenforschung des Faschismus.

Das Antifa Bündnis schweigt ganz bewußt, indem sie den Kurs des Orange/Grünen Senates mit deren Vereinnahmungspolitik und Deeskalationsstrategie mit unterstützt, um Friedhofsruhe in dieser Stadt mit zu praktizieren. Widerstandsformen gegen Faschisten werden unterlaufen/verhindert um uns autonomen Antifas den Rest zu geben.
Wir können auf den Orange/Grünen Antifas und deren Bütteln hinsichtlich gemeinsamer Zusammenarbeit verzichten. Es heißt nicht, "Pätzold und Konsorten ein Geschenk zu machen", sondern endlich aus dem Würgegriff der unseren politischen Widerstand gegen Faschisten und Staat lähmt herauszukommen und auf unsere eigenen radikalen Inhalten und Agitationen zu konzentrieren.

Organisiert den autonomen-antifaschistischen Widerstand in den Stadtteilen und der Stadt
Schlagt das Faschistenpack wo ihr es trefft
Feuer und Flamme für diesen/jeden Staat

ZORNIGE ANTIFAS

STELLUNGNAHME ZU "RASSISMUS (?) IN DER SZENE"

Um jegliche Gerüchteküche jetzt endgültig einzudämmen, hier nun die Stellungnahme eines Bewohners, über die Vorkommnisse in einem Kreuzberger-ex-besetzten-Haus.
Der autonome Verfasser scheint bewußt einige Tatsachen und Hintergründe über den "Rausschmiß" eines Typen verdreht, bzw. weggelassen zu haben und fährt damit auf derselben Schiene wie TAZ und andere Scheißzeitungen, die so ihre Politik machen.
Bei dem "Rausschmiß" aus unserem Haus , handelte es sich lediglich um eine Person, jedoch nicht weil er Pole ist und wir sooo viele Vorurteile gegen seine Kultur haben, sondern weil er sich auf Dauer scheiße verhalten hat.
Mehr als die Hälfte der BewohnerInnen hatte es für sich klar, daß sie keinen Bock mehr haben mit dem Egoverhalten dieses Typen konfrontiert zu werden.
Er lebte seit ca. 2 Jahren hier. Die letzten 4-5 Plenen im letzten 3/4 Jahr beschäftigten sich zum größten Teil mit ihm und um ihn. Immer wieder kam es zu neuem Generve, egal ob es sich dabei um vollgeschissene Plastiktüten die im Hof verteilt wurden handelte, oder abgebaute Lichtschalter auf dem Dachboden, des öfteren Live-Musik mitten in der Nacht, rausgeschraubte Sicherungen wenn er verpaßt hatte welche zu besorgen, oder, oder, oder,....
Alles zum Teil nur Banalitäten, jedoch reichlich davon, die das Faß immer wieder zum Überlaufen brachten.
Nachdem diese Sachen immer wieder ignoriert blieben und er weiterhin seinen Ego-Film durchzog, wurde auf dem letzten Plenum mehrheitlich beschlossen, daß dieser Typ innerhalb von 3 Tagen das Haus zu verlassen hat. Die Leute, die was dagegen hatten, haben wenn überhaupt, mit schweigender Anwesenheit geglänzt.
Das heißt, es gab gegen diesen Beschluß keinerlei Alternativen.
Einen Tag später kündigte die schweigende Fraktion für den übernächsten Tag ein Plenum an.
Eine alte Erfahrung hatte gezeigt, daß es notwendig ist, eine Woche vorher einen Plenumstermin bekannt zu geben, da so kurzfristig kaum jemand Zeit hat, was wir auch gleich ansagten.

Zum angekündigten Fristablauf waren beide Fraktionen samt einer großen Anzahl BesucherInnen anwesend, die es sich nicht entgehen lassen wollten eine zerstrittene Hausgemeinschaft in ihrer offenen Konfrontation zu beäugen und mit entsetzlich blöden Sprüchen die ganze Auseinandersetzung zu schüren.
Letztendlich führte dies dann auch zu einem peinlichen Auftritt beider Seiten und der Typ wurde unter leichten Rempeleien! rausbefördert, ohne zu "zerren, treten, schlagen, prügeln, ohne Baseball-Schläger-Trupp im Hof und ohne das zu erwartende Blutbad".
Es ging bei den Ereignissen niemals um die verschiedenen Nationalitäten oder Kulturen von PolInnen und Deutsche, sondern vielmehr um den Konsens des gemeinsamen Lebens in einem Haus.
Bei dem Aufbau einer Hausgemeinschaft muß klar sein, daß der eigene Ego zurückgeschraubt wird und so was wie Verantwortung bei jedem Menschen da sein sollte.
Alles Psychos, wie sie in jeder WG oder Häuser zu finden sind.
Was daraus gemacht wird, ist immer die Sache der "Bunten Mischung" die dort lebt. Die einen sind Humanisten und meinen somit alles was nicht deutsch ist, kritiklos gegenüber stehen zu müssen, um ja nicht in die "faschistische" oder "typisch deutsche Ecke" gedrängt zu werden.
Wieder andere leben ihren Egoismus in einer Hausgemeinschaft aus, da diese ja ein gutes Ersatzteillager bietet.
Wenn sich gegen so ein Verhalten ein gewisser Widerstand breit macht, ist dieser je nach Sensationslust oder Alltagsbeschäftigung deformierbar, natürlich mit Unterstützung einer gut funktionierenden Gerüchteküche. Da reiht sich so ein platter Artikel wie "Rassismus in der Scene" wunderbar ein.
Für mich scheint es so als hätte der autonome Kritzelmeister in keiner Weise den Versuch gestartet, über die Vorkommnisse ein objektives Bild zu schaffen. Für das nächste Mal wäre es vielleicht angemessen, etwas mehr Infos einzuholen, bevor Mensch gleich los kritzelt und rumwettert.
Bezogen auf die PolInnen die noch in unserem Haus wohnen:
Wie ein Teil von den älteren BewohnerInnen müssen auch sie bald ausziehen, da in absehbarer Zeit die Bauarbeiten beginnen.

wir sind bewohner des ehemals besetzten hauses , das in der letzten "interim" vom 8. februar 1990 heftig angegriffen wurde, und stellen klar: wir sind nicht bereit, uns als "faschisten" oder "rassisten" benennen zu lassen! die darstellung des "anonymen autonomen" stimmt so nicht. sie ist einseitig, übertrieben bis frei erfunden und wurde ohne rückfrage bei uns veröffentlicht. 1 dauergast, der zufällig aus polen kommt, sollte das haus verlassen, weil er mit den meisten hausbewohnern nicht auskam. er versprach auch zu gehen.

einige menschen, die zufällig auch aus polen kommen, leben im erdgeschoß, das wir ihnen als notbehelf überlassen haben, weil sie sonst obdachlos wären. sie werden den raum verlassen müssen, sobald die bauarbeiten darin beginnen

als er ihnen erzählte, daß er und sie ausziehen müssen, weil wir angeblich keine polen mögen, wollten sie ihm helfen und für sein zimmer "kämpfen". sie holten verstärkung, deshalb brachten auch leute aus dem haus freunde mit. viele menschen waren in einem engen treppenhaus, und die stimmung war gereizt. aber es gab keine allgemeinen gewalttätigkeiten. kein "blutbad" war zu befürchten, und die angeblichen baseball-schläger sind frei erfunden.

der polnische treffpunkt im erdgeschoß besteht weiterhin und ist bewohnt.

wir lehnen den versuch, soziale fragen des hauses (neueinzüge usw.) mit dem vorfurf angeblichen "nationalismus" an die öffentlichkeit zu bringen, ab.

überlegt mal, was ihr sagt (und schreibt)!

Skins und Neo-Nazis auf Deutschland-Demo

Polizei mußte als „Publikumsberuhiger" eingreifen

Demo und Gegen-Demo am Sonnabend in der Innenstadt: Von rechts grölte es hundertfach „Deutschland einig Vaterland", von links kam in gleicher Lautstärke „Nie wieder Deutsches Reich" zurück. Und zwischen den Fronten zwei Hundertschaften Polizei, die beide Seiten auseinanderhielt.

Die angemeldete Demonstration des „Bürgerforums für deutsche Einheit" – darunter Republikaner, NPDler, Skinheads sowie Hamburgs bekanntester Neo-Nazi Christian Worch – traf bei der Auftaktkundgebung am Karl-Muck-Platz auf 150 Gegendemonstranten, die sich spontan zusammengefunden hatten. Nach Angaben der Polizei, wurden die „Unangemeldeten" in Richtung St. Pauli zurückgedrängt, nachdem sie Polizisten mit Farb-Eiern beworfen hatten. Außerdem wurde festgestellt, daß sie Pflastersteine aus dem Karl-Muck-Platz gegraben hatten. In dem allgemeinen Gerangel wurde eine ältere Frau, die mittendrin ihr Hündchen Gassi führte, leicht verletzt.

Am Ende der Demo trafen die Kontrahenten am Hachmannplatz noch einmal aufeinander. Es kam zu keinen weiteren Auseinandersetzungen. hh

MOPO - 5. Feb.

HAMBURG

Bundesweiter Verteiler

ANTIFA HAMBURG
c/o SCHWARZMARKT
PAULINENSTR.15
2000 HAMBURG 4

An alle Antifas und Interessierte!!!

LIEBE FREUNDINNEN UND GENOSSINNEN 11.2.90

am 3.3.90 soll zum drittenmal eine "wiedervereinigungsdemo" in hamburg stattfinden.die erste dieser art fand am 23.12.89 mit ca. 50 faschos statt.aufrufer war ein sogenanntes "bürgerforum für wiedervereinigung",das sich hauptsächlich aus reps,npd,jn und faschistischen hochshulgruppen (burschenschaftlern) zusammensetzt.
eine zweite demo fand am 3.2.90 statt.aufrufer war wiederrum das "bürgerforum für ...",das motto war "für den antikommuniistischen widerstand in der ddr". die teilnehmer kamen diesmal aus einem noch breiteren faschospektrum von den reps,der npd ,bishin zur nl(nationale liste) und der fap.auch dieser aufmarsch der faschisten konnte,wie schon der erste, nicht verhindert werden.es waren ca. 15o neonazis aus hamburg,nordniedersachsen und schleswig holstein,hauptsächlich fascho skins und andere jung nazis ,aber auch funktionäre wie jürgen rieger,christian und ursula worch(nl,dff),stefan und sabine bliesmer(fap,wj) u.a. mehr dabei.
am 3.3.90 soll die nächste fascho demo durch hamburgs innenstadt stattfinden.angeblich soll für diese demo bundesweit mobilisiert werden,von den faschos.eine andere info gibt michael kühnen als redner an.

WIR RUFEN EUCH HIERMIT ALLE AUF

1. uns ,falls ihr habt,genauere infos zukommen zulassen (wie mobilisieren die fascho bei euch,in euerer region ,wenn überhaupt;gibt es aufrufe zur fascho demo in fascho zeitungen etc.)
2. euch vorort gedanken dazu zumachen wie ihr mit uns zusammen den aufmarsch der faschisten verhindern könnt,vorort ganz konkret das sich sammeln und abreisen der faschos nach hh verhindern.
3. euch an unserer demo(evt.) und unseren aktionen gegen den fascho aufmarsch zu beteidigen.

vorbereitungstreffen : ROTE FLORA HAMBURG
genauere infos über fascho demo und gegenaktionen hoffentich demnächst

bis dann herzliche grüsse eure genossinnen aus hh

WIR WERDEN NICHT MEHR MIT DEN VERTEIDIGER(inne)N VON VERGEWALTIGERN ZUSAMMENARBEITEN

Dieses Papier ist aus einem Diskussionsprozess entstanden, in dem es um die Problematik ging, ob es für uns aus unserem politischen Selbstverständnis heraus möglich ist, uns von Anwält/inn/en vertreten zu lassen, die Vergewaltiger verteidigen. Normalerweise hat jedeR von uns ihre/seine Prozeßvollmacht bei eine/r/m VerteidigerIn ihres/seines Vertrauens. Vor Großereignissen - wie dem IWF - hinterlegen die meisten Gruppen Vollmachten, um eine schnelle Verteidigung (auch von mehreren Leuten) zu gewährleisten. Nach welchen Kriterien haben wir uns bisher unsere AnwältInnen ausgesucht?

1. Nach dem Bekanntheitsgrad eines/s VerteidigerIn, d.h. inwieweit hat sie/er sich einen 'Namen' in politischen Prozessen gemacht.

2. Nach den Erfolgen der/des Verteidigers/in, d.h. haben wir von ihren/seinen guten Prozeßstrategien oder davon, daß sie/er schon Leute "rausgeboxt" hat, gehört oder gelesen.

3. Danach, ob sie/er mit dem EA zusammenarbeitet.

Mit diesen Kriterien haben wir uns selbst einen Mythos von 'unseren' guten linken AnwältInnen geschaffen. Dieser Mythos konnte wie jeder andere Mythos auch nur aufgrund unserer Passivität und Bequemlichkeit entstehen, nämlich Position und Verhalten der AnwältInnen nicht oder wenig zu (hint-)erfragen; unsere Prozesse zu wenig eigenständig vorzubereiten und zu diskutieren; zu vieles den AnwältInnen zu überlassen.

Die Vorbereitungen unserer politischen Aktivitäten/Aktionen beeinhalten nicht automatisch die Thematisierung nachfolgender möglicher Konsequenzen. Mit Repression, Justiz und deren Folgen beschäftigen sich die meisten (Gruppen) trotz "129 a" - oder "Anna und Arthur haltens Maul " - Kampagnen eher am Rande und sporadisch.

Auch mit unseren AnwältInnen beschäftigen wir uns erst dann, wenn wir sie dringend brauchen und wir keine Zeit oder keinen Kopf haben, uns mit ihnen über was anderes auseinanderzusetzen, als was für den Prozess notwendig ist.

Wenn wir dann doch mit der Justiz zu tun haben, wägen wir unser Verhalten gut ab: Ob wir oder wie wir uns politisch verhalten. Dabei kommt dann meistens eine politische Erklärung zu Beginn bzw. zum Schluß und/oder eine Aussageverweigerung raus. Da der Gerichtssaal nicht unser entscheidenstes politisches Betätigungsfeld ist, möchten wir aus dem ganzen Justiz-Schlamassel möglichst billig und schnell wieder rauskommen. Mit der Angst vorm Knast setzen wir dann unsere/n AnwältIn ein.

Aber was bedeutet es für uns, wenn wir dann feststellen, daß unser/e HelferIn auch HelferIn derer ist, die wir vorgeben bekämpfen zu wollen (Sexisten/Rassisten/Kapitalisten)? Wie können wir uns von AnwältInnen vertreten lassen, wenn wir im Knast oder im Gerichtssaal wegen eines Kampfes gegen diejenigen sitzen, deren Interesse von dem/r gleichen AnwältIn vertreten werden?

Wie gehen wir mit diesem Widerspruch, mit dieser Schizophrenie um? Für uns als Prozeßvorbereitungsgruppe



wurde dieses Thema akut, als sich herausstellte, daß wir mit einem Anwalt zusammenarbeiten, der Vergewaltiger verteidigt.

Wir hatten uns als Gruppe auf die IWF-Tagung gemeinsam vorbereitet. Während der Aktionstage wurden einige von uns verhaftet. Nach Abschluß der Aktionstage traten auch bei unserer Gruppe die allgemeinen Ermüdungs- und Auflösungserscheinungen ein. Der unterschiedliche Alltag kam wieder voll zur Geltung. Deshalb verlief anfangs die Prozeßvorbereitung eher individuell.

Erst einige Wochen vor dem Prozeß setzten wir uns als Gruppe damit auseinander. In der kurzen Zeit bis zum Prozeß gelang es uns nicht, die Ängste und Schwierigkeiten wahrzunehmen, bzw. uns gegenseitig mitzuteilen.

Die Info, daß unser Anwalt Vergewaltiger verteidigt, erhielten 2 Leute von uns, deren Position zu diesem Punkt unklar (schwammig) war, sodaß kein eindeutiges Verhalten, nämlich Nachfragen erfolgte, sondern die Info mit all ihren Schwierigkeiten und Konsequenzen für sich behalten und verdrängt wurde.

Wenige Tage vor dem Prozeß erfuhr dann der Rest der Gruppe, daß unser Anwalt ein Verteidiger von Vergewaltigern ist. Wir haben uns nicht in der Lage gesehen, die wenigen Tage bis Prozeßbeginn für eine konsequente Klärung unserer Position zu nutzen. Wir ließen uns auf den faulen Kompromiß ein, den Prozeß von einem Vergewaltigeranwalt zu Ende bringen zu lassen. Mit dieser Erfahrung im Nacken starteten wir eine Auseinandersetzung über uns und unseren Umgang mit AnwältInnen und Prozessen. Und genau das wollen wir mit diesem Papier in einem breiteren Rahmen erreichen.

Wir wollen anknüpfen an die Auseinandersetzungen und Diskussionen, die mindestens seit 1977 von Frauen

immer wieder gefordert wurden und die 1987 mit dem EA in einer breiteren Öffentlichkeit geführt wurden. Im Winter 1987 ist die Auseindersetzung an zwei konträren Positionen stehengeblieben und wurde dann abgebrochen, was sich bis heute in der Praxis des EA wiederspiegelt.

Pos. 1: gegen den Ausschluß von VerteidigerInnen von Vergewaltigern - "AnwältInnen sind nicht automatisch unsere GenossInnen!" (also ein rein taktisches Verhältnis zu den AnwältInnen)

Pos. 2 für den Ausschluß dieser VerteidigerInnen - "Linke AnwältInnen müssen Minimalkriterien erfüllen!"

Die Verhärtung der Fronten innerhalb des EAs (s. EA Papier, Interim Nr. 85 vom Januar '90) hat dazu geführt, daß kein klares politisches Verhalten an diesem Punkt gegenüber uns und den AnwältInnen mehr möglich war und ist.

Anders als '87 wollen wir die Auseinandersetzung unter uns führen (und fordern die fortschrittlichen AnwältInnen auf, ebenfalls die Diskussion erstmal unter sich zu führen, ihre Positionen zu klären und sie dann zu veröffentlichen).

Wir wollen unter uns und aus unserem politischen Alltag heraus in dieser Diskussion für uns ein klares Verhältnis zu den AnwältInnen bestimmen.

Wie wir ein klares Verhältnis zu Vergewaltigern, Sexisten, Rassisten, Hausbesitzern oder sonstigen Kapitalisten haben sollten, so sollten wir uns auch ihren UnterstützerInnen und HelferInnen

keine Zusammenarbeit mit den AnwältInnen von sexistischen, rassistischen, kapitalistischen Ausbeutern und Unterdrückern.

Wer die Verantwortlichen von Ausbeutung und Unterdrückung verteidigt, stellt sich auf die Seite der Herschenden. Er/Sie wird damit selbst Teil der Unterdrückung und Ausbeutung, wird als AnwältIn zum juristischen Mittel der Verteidigung der bestehenden Verhältnisse.

Einig scheinen wir Frauen und Männer uns ja zu sein im Kampf gegen Rassismus und Kapitalismus, während der Kampf gegen Sexismus in und um uns auf seiten der Männer zwar in Parolen unter jedes Flugi gesetzt wird (als verbales Zugeständnis an die Frauenbewegung), aber nicht in eine eigene, alltägliche Praxis umgesetzt wird. Da wird der oben geschilderte Widerspruch erst gar nicht als solcher empfunden. Wenn das so wäre, würde ein Anwalt von Vergewaltigern genauso strikt abgelehnt wie z.b. ein Verteidiger von Nazis.

Diese Ignoranz ist möglich, weil mann sich nicht das eigene sexistische Verhalten und Denken klarmacht / klarmachen will bzw. nicht bereit ist, entsprechende Konsequenzen zu entwickeln. So werden in der Auseinandersetzung um das Thema Verteidigung von Vergewaltigern immer wieder Argumente angeführt, die den Kampf gegen Sexismus bewußt als nebensächlich unterordnen.

Es machen sich viele die politische Dimension von Vergewaltigungsprozessen nicht bewußt, sondern argumentieren aus der Sicht des antistaatlichen, jedoch patriarchalem Denken verhafteten männlichen Genossen (...ist vom Staat angeklagt, kannst den Typen doch nicht in den Knast schicken wollen, ist doch auch ein Opfer der Klassenjustiz, Knast ist doch keine Lösung...etc...etc) bis hin zu rechtsstaatlichen Bedenken (der Typ muß doch auch einen fairen Gerichtsprozeß haben, ist vielleicht unschuldig...), anstatt zu begreifen, daß es in einem Vergewaltigungsprozeß immer darum geht, Frauenunterdrückung juristisch zu zementieren, den Frauen Ohnmacht und Unterwerfung unter männliche Gewaltverhältnisse aufzuzwingen. Ein/e AnwältIn, der/die einen Vergewaltiger verteidigt, hilft mit - egal mit welchen Argumenten er/sie sich rausredet - sexuelle Gewaltverhältnisse zu stützen/ zu verteidigen, anstatt sie anzugreifen/ anzuklagen. Der körperliche Angriff des männlichen Vergewaltigers gegen die Frau oder das Kind setzt sich in dem Gerichtsprozeß durch den verbalen Angriff des/der VerteidigerIn gegen die Frau oder das Kind fort.

Wer hier lieber nach einer taktischen Lösung sucht, drückt sich vor einem konsequenten, radikalen politischen Verhalten. Er/Sie ist auf diesem Gebiet mit den bestehenden Verhältnissen entweder zufrieden, will also keine Veränderung der herrschenden sexistischen Gewaltverhältnisse, oder weiß von sich (als Mann), daß er sich selber sexistisch verhält.

Oder es ist die Angst davor die Auseinandersetzung konsequent in der eigenen gemischten Gruppe anzugehen; die Angst davor, daß die Front zwischen einer/m selbst und dem lieb(st)en Genossen verlaufen könnte; die Angst vor der daraus zu ziehenden Konsequenz, d.h. den möglichen Trennungen und Brüchen. - Wir wollen diese Konfrontation gerade nach unserer eigenen Prozeßerfahrung, weil wir uns ansonsten mit unserer politischen Zielrichtung eins in die Tasche lügen würden.

- Wir werden die AnwältInnen nach ihren Prozessen fragen. Aber nicht erst, wenn wir mal wieder eingefahren sind und wir einen Großteil unserer Kraft für den Umgang mit unseren Ängsten brauchen, sondern jetzt !!

- Wir werden keine Vollmachten mehr in die Hände von AnwältInnen legen, die die Herrschenden unterstützen.

- Wir wollen eine breite Diskussion und ein Klares Verhalten nicht nur der Unterstützergruppen von Gefangenen oder Anti- Repressiomsgruppen, sondern möglichst vieler Gruppen oder Einzelpersonen, die politisch arbeiten. - Wir wollen diese Auseinandersetzung unter anderem auch mit dem EA führen, weil wir von den konträren und unvereinbaren Standpunkten im EA wissen. Wenn wir den EA als eine Gruppe aus unseren politischen Zusammenhängen begreifen und nicht als eine reine Institution, können wir ihren 'Kreuzchen-Kompromiss' nicht weiter tolerieren. Wir wollen keine individuelle Umgehensweise damit. Wir fordern eine konsequente Entscheidung, die die Zusammenarbeit mit VergewaltigeranwältInnen ausschließt.

gustav gans' schlechte prozeßvorbereitungsgruppe und seine sümpatisantInnen

Öffentliches Rundschreiben (2000 Seiten wären nicht im Sinne der Wälder)

1.So das war der erste Streich,und der zweite folgt...

2.Mensch sind wir sauerund beleidigt!

Der generalbevollmächtigte des Errichtungskuratoriums am Rudolf-Virchow -Klinikum,Heini Neher,ist freiwillig zurückgetreten (wurden)!
Der Rücktritt ist nicht unser Verdienst,sondern der von Wissenschafts-senatorin Riedmüller-Seel.Der Grund ist leider auch nicht die Strafanträge, die Neher gegen HausbesetzerInnen stellte,oder gar die Disziplinarverfahren,die kritisches Personal von ihm beekam,Angeblich sind ihm Erkenntnisse gekommen,die ihm zum Gegner der Umstrukturierung werden ließen.
(geplante Schließung H,N,O und Neurologie,Augen?,RVK kein Standort der maximal Versorgung mehr)
Maulkörbe zu verteilen ist auch eine gängige Praxis der Senatorin,so geschehen nach der letzten Protestaktion des Personals im Rathaus Schöneberg.
Im Personal regt sich wieder einiges,dazu in späteren Infos mehr.
Kritisches Personal wird massiv in ihrer Existenz bedroht,das müssen wir bei allem was wir tun bedenken.

Jetzt zur RAVV- Wir wollen nichts runtermachen,aber wir geben was zu bedenken:
Nur die Sprühaktion fanden wir gut.Wir sid angewiesen auf Leute,die sich einen eigenen Kopf machen können und eigenständig für das Kollektiv handeln,und sich auch trauen.Auf daß wir die Gen-tech Labors verhindern, und die,die es gibt schließen.Dazu ist Verantwortung tragen zu können wohl notwendig.Wir finden,eine Aktion,und sei es auch nur eine Plakataktion von einer Gruppe,darf nicht ohne weiteres von einer anderen vereinnahmt werden.Darüber muß sich vorher verständigt werden.Sonst gelten die Regeln,die vorgegeben wurden,oder,wenn nicht,beteiligt euch nicht! Dann müßt ihr eigenständig organisieren.
Begründung:
Die Regeln die vorgegeben werden sind vorher durchdacht und diskutiert.Es gab auch Gelegenheit,sie vorher zu kritisieren.Erweiterungen sind ausdrücklich,unbedingt erwünscht.Aber nur mit Verantwortungsbewußtsein.Wir legen auch etwas Wert auf Persönlichkeitsschutz!
Wenn wir aber unsere Strukturen veröffentlichen wollen,können wir dies auch selbst,wie wir es hiermit tun.Den Weg zur Interim haben wir bisher immer noch gefunden.Jetzt zum Beispiel vielleicht.Insofern können wir auch selbst entscheiden,ob wir unser Plakat veröffentlichen wollen oder auch nicht. Was ihr im Bekennerschreiben schlicht vergessen habt,ist,das gleichzeitig das Plakat an mehreren Stellen der Stadt auftauchte.

Ein Plakat, das an mehreren Stellen in der Stadt hängt und mit „Senatorin Stahmer" gezeichnet ist, ist gefälscht. Das teilte gestern die Sozialverwaltung mit. Es sei Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet worden. (Tsp)

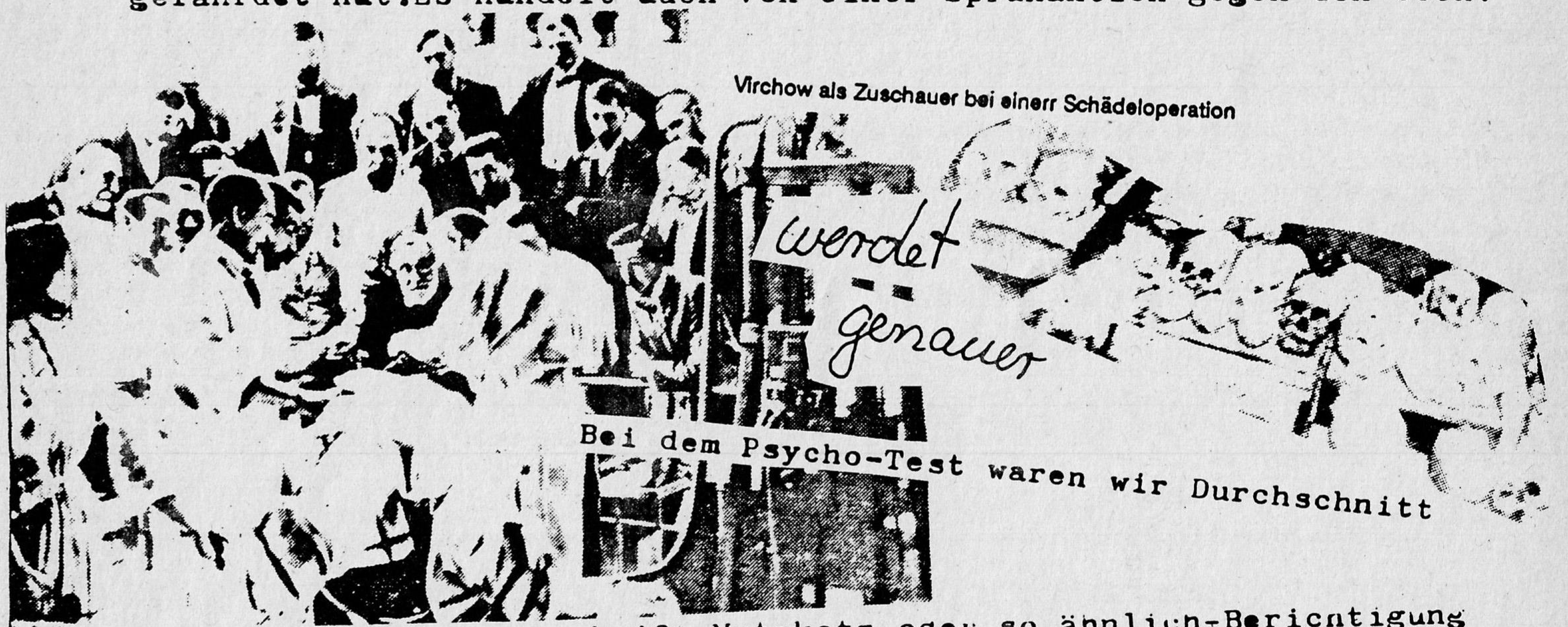
Das Papier Klassenkrieg 90 hatten wir noch nicht breiter diskutiert, aber wir diskutieren die Notwendigkeit zum Aufstand.Und das wir siegen.
Für Spaßgirilljah sind wir allemal zu haben,aber eine Inflation der Begriffe "revolutionär"im Zusammenhang mit "Viren" halten wir für verwirrend.
Deswegen schlagen wir an dieser Stelle eine Diskussion oder Nachbereitung dieser Begriffe vor.Für uns gilt,nur wo revolutionär drin ist,steht auch revolutionär drauf.Wir wollen euch dies nicht absprechen,wir kennen euch eben nicht.Aber wir werden euch nur tolerieren,wenn ihr unsere Arbeit achtet und das habt ihr nicht getan.Fehler machen wir auch viel zu viele. Mit Fehlern müssen wir wohl oder übel leben,aber nicht mit eurer Ignoranz (und Arroganz) die empfinden wir für uns als gefährlich.Nicht Schluß mit Lustig,aber Schluß mit der Beliebigkeit,zumindest was RVK betrifft.Es ist nicht alles so unverbindlich,so lala,heute hier,morgen da.
Wir würden die Solidarität revolutionärer Gruppen und Einzelpersonen aufs schärfste begrüßen,weil wir nicht so naiv sind zu glauben ,daß Veränderungen

eine Proviantzuteilung (sprich:Gnade) des Himmels ist.Sinn und Unsinn einer Aktion kann erst richtig diskutiert werden,wenn sie gemacht wurde und Zu unserer„Ehrenrettung"sagen wir, daß wir mit relativ offenen Visier kämpfen müssen und die Aktion der RAVV zeigt wie leicht wir durchschaubar gemacht werden können.Diskutiert das bitte.Wir können nicht alle Fehler.

mit dem Schweinesystem erklären.Wir sind vielleicht zu vorsichtig und haben oft Angst,aber die Zusammenhänge sind für uns schwer zu durchschauen,wir werden an vielen Orten und Punkten angegriffen. Wir sehen uns in unserer Handlungsfähigkeit durch eure Aktion erst einmal eingeschränkt.Wir haben uns geärgert,wir haben unsere Aktion gestoppt und denken neu nach.Wir wollen daraus lernen,wir hatten Illusionen.

Wir denken,die Auseinandersetzung um Gen-tech läuft weltweit,die Kräfteverhältnisse sind fast überall die gleichen und es sieht dementsprechend frustig aus.Daher interessieren wir uns auch für die Kämpfe des Personals,obwohl wir natürlich die Erfahrung haben,daß Menschen gebrochen werden,indem sie in ihrer Existenz bedroht werden,wie am RVK geschehen ist.

So,genug jetzt,unsere Rache an euch ist,daß wir dieses Papier veröffentlichen,obwohl wir glauben,daß wir euch auch ohne Interim erreicht haben.Selbstkritik ist jedoch nicht angekommem.Enige beklagten auch noch eure Phantasielosigkeit.Ihr habt uns mehr Arbeit als tragbar gemacht.Trotzdem werden wir noch ein Info aus der BRD in den Zusammenhängen auftauchen lassen,daß unserer Meinug nach bescheidener,informativer ist und vor allen nicht Leute und Aktionen gefährdet hat.Es handelt auch von einer Sprühaktion gegen Gen-tech.



Der Nachfolger von Neher heißt Mutzkotz oder so ähnlich-Berichtigung folgt.Wir denken Neher ist weiterhin eine wichtige Figur,er verläßt nur rechtzeitig die Schußlinie.Er ist ohnehin im Pensionsalter. Bauernopfer!(betr. Personal und vielleicht uns?)

Der Präsident der FU heißt immer noch Heckelmann.

Der Dekan für Medizin -Brückner

Riedmüller-Seel heißt jetzt Riedmüller -Quäl.Aber vielleicht nicht mehr lange.

Wir versuchen demnächst eine erweiterte Doku zur Sylterstr. herrauszubringen.Das Thema Bevölkerungspolitik bleibt unberücksichtigt,wir schaffen das nicht.Wir empfehlen die Broschüre-Materialien gegen Bevölkerungspolitik.

Einige von der ArbeitsgemeinschaftGegenÖffentlichkeit

zur Sylterstr.

Liebe und Kraft den Autonomen der BRD,Grüsse an Tante Trude aus Rostock
Durchschlagenden Erfolg dem Palästina -Kongress

Schafft 1,2,3,...viele revolutionäre Viren

HUNGERSTREIK VON GRAPO UND PCE/r

Bald 48 totgehungerte gefangene?

Knapp 50 gefangene aus der GRAPO und der PCE(r) befinden sich seit dem 30. november in ca. 20 knästen und krankenhäusern über ganz Spanien im hungerstreik für ihre wiederzusammenlegung in eine einzige anstalt. Die spanischen justizbehörden wollen zur zeit nicht einmal darüber reden, was bis vor drei jahre normale haftbedingungen für politische gefangene waren, und was sie noch im spätsommer des vergangenen jahres als zusage für die beendigung des vorletzten hungerstreiks der gefangenen machte: haft in großen, politisch homogenen gruppen.

Die mehrzahl der gefangenen befinden sich schon in einem extremen schwächezustand. Verlieren sie das bewußtsein, werden sie ins krankenhaus verlegt und dort zwangsernährt. Irgendwann schaffen es die gefangene aber doch, sonde und tropfen abzunehmen und die ruckverlegung in die zelle zu erreichen - um dort die essensverweigerung fortzusetzen. Nach über 80 hungerstreiktagen ist aber die körperliche schwäche derart fortgeschritten, daß der tod jederzeit und besonders bei gewaltanwendung bei zwangs- ernährung etwa durch herzversagen eintreten kann. Die hoffnungen der verwandten und freunden der gefangenen, die im verein AFAPP (Apartado 15220, E-28080 Madrid) orgasiert sind und die unterstützung und solidarität draußen koordinieren, lösen sich auf: *"Zu monatsende wird der erste sterben, dann werden alle andere folgen"*, schätzte die mutter von einem gefangenen die lage in der vegangenen woche ein. Es ist nicht abzusehen, was die sozialdemokratische regierung in Madrid bewegen könnte, ihre aktuelle strafrechtpolitik - auseinanderverlegung, isolation, repressiver druck auf die häftlinge zwecks absage an den bewaffneten widerstand - zugunsten des lebensrechts von politischen oppositionellen aufzugeben. Im schlimmsten fall wird sich Spanien in die reihe von knastmassakern zu stellen: Attica, Stammheim, Long Kesh usw. Die regierung ist sich aber dabei sicher, eine gesamteuropäische politik im umgang mit politischen gefangenen umzusetzen und daher keine grundsätzliche kritik aus dem westeuropäischen ausland zu beziehen.

Warum hungerstreik?

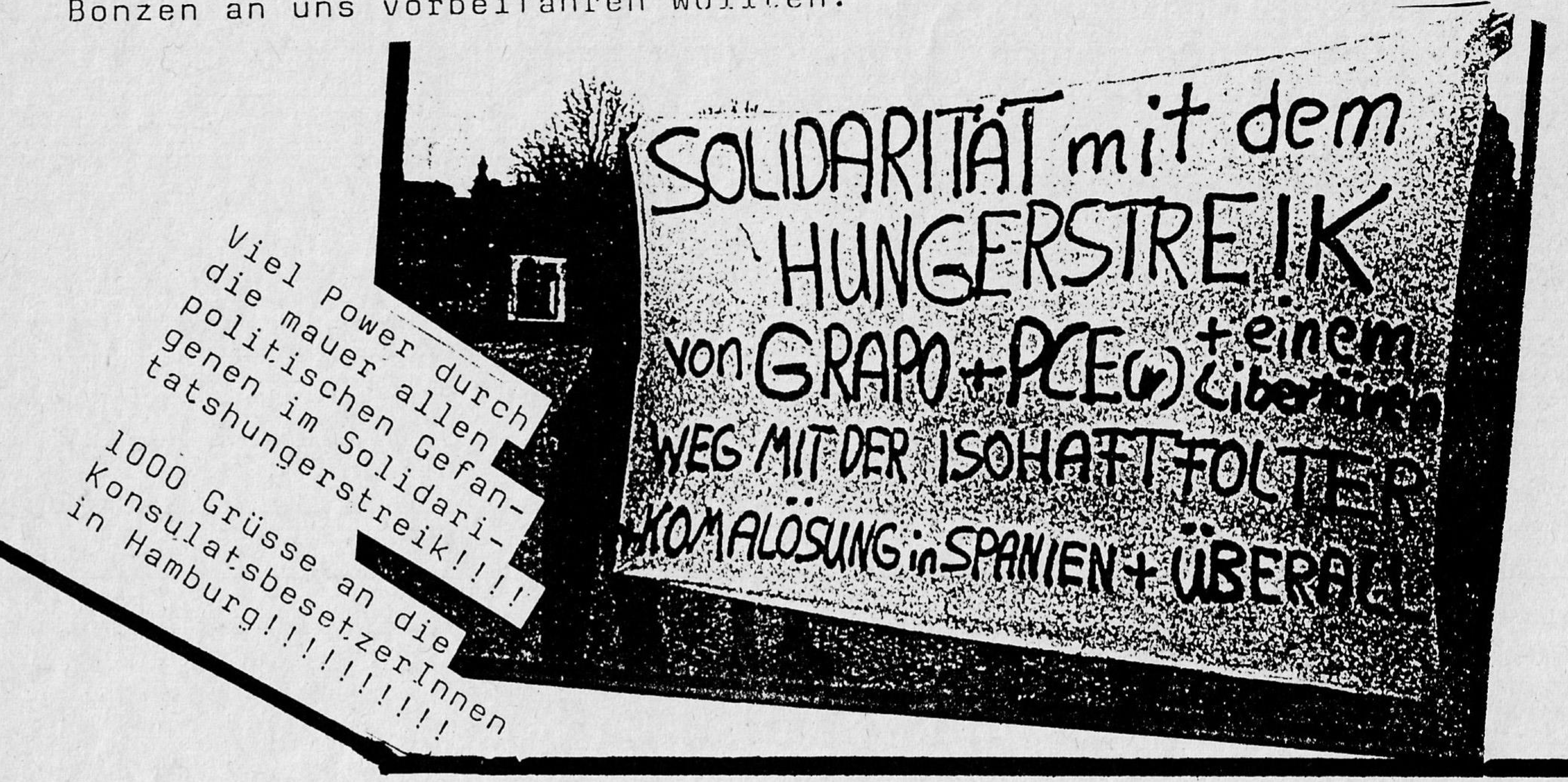
"Wir tun es, oder sie zerstören uns im schweigen", antwortet V. Dieguez auf die frage nach dem sinn des hungerstreiks. Er selber wurde nach abgesessener 11-jähriger haft und über 50-tägiger nahrungsverweigerung aus dem knast entlassen. Er beschreibt in einem interview den sinn des kampfes im gefängnis: *"Wir haben gegen ihre pläne widerstand geleistet, haben für bedingungen gekämpft, die uns ermöglichen, irgendeine nützliche arbeit zu tun. Wir sind kommunistische gefangene, wir haben eine vorstellung vom leben, und die tragen wir überall hin... Wir haben immer und in jedem knast versucht, minimale bedingungen durchzusetzen: gemeinsam studieren zu können, uns zu verbessern... Was die arbeit betrifft..., so sind wir mehrheitlich handarbeiter; darauf zu verzichten, hieße, auf uns selbst zu verzichten, auf das, was wir sind: malocher."* Für drei weitere gefangene in Zaragoza ist der hungerstreik *"die letzte politische protest- und widerstandsform, die uns übrigbleibt."*

Weil die staatsanwaltschaft die zwangsernährung gegen die freie und bewußte entscheidung der gefangenen - unter berufung auf das lebensrecht - bei einigen richterInnen und ärztInnen durchsetzen will, kontern die drei in einem anfang februar veröffentlichten brief: *"Ihre sorge für unser leben mutet jetzt ironisch an, wenn ihr erklärtes ziel unsere zerstörung als personen und militanten einer realen politischen opposition ist. Es ist allerdings klar, daß wir beim hungerstreik als helden sterben, dafür als reumütige nur ein beispiel der niederlage abgäben."*

SOLIDARITÄTSAKTION MIT DEM HUNGERSTREIK IN SPANIEN VOR DEM REICHSTAG



Am Do.8.2./Fr.9.2. tagten im Reichstag die Vorsitzenden (bzw. deren Vertreter) der sozialdemokratischen Parteien der westeuropaischen Lander, darunter die PSOE aus Spanien. Die SPD der DDR war als Beobachter dabei. Am 72. Tag des Hungerstreiks sollten sie sich nicht ungestört treffen.
Wir waren auch da!!!
Mit mindestens 100 Frauen und Mannern, leierndem Casi, Redebeitrag und Transparenten. Ab und zu gelang es uns kurz die Strasse zu blockieren, wenn Karossen und Busse mit den Sozi-Bonzen an uns vorbeifahren wollten.



versuchte BESETZUNG DES SPANISCHEN KONSULATS am 8.2.1990 in Hamburg

Über den Plan, eine Besetzung zu machen, war mit relativ vielen Gruppen offen geredet worden, über Tag und Uhrzeit eigentlich nicht. Es gab aber trotzdem mehrere Punkte, wo die Bullen das mitbekommen haben können, weil entweder auf größeren Treffen Zettel mit dem Termin rumgegangen sind oder auch einzelne Gruppen in Räumen, wo so was nicht so schlau ist, offen drüber geredet haben.

Es ist nicht hundertprozentig zu klären, ob die Bullen den Zeitpunkt der Aktion vorher wußten, oder nur grundsätzlich in Alarmbereitschaft waren.

Zum Ablauf:
Zwei Leute wollten vor der größeren Gruppe unter einem Vorwand ins Konsulat gehen, um die Tür zu öffnen, wenn die anderen kommen. Eine von ihnen wurde an der Tür gleich gar nicht reingelassen, es kam nur ein Mann rein. Der "Portier" war vom LKA, sichtbar noch ein Zivi da. Die Atmosphäre war gespannt, er hatte den Eindruck, daß alle Bescheid wußten. Sie haben ihn aber normal behandelt, als wäre er ein normaler Konsulatsbesucher. Er hat seine Show abgespult, Fragen gestellt usw., bis die anderen durchs Fenster zu sehen waren. Dann hat er die Tür aufgemacht. Das hatten die LKAler nicht erwartet, was darauf hindeutet, daß sie sich über seine Person und Rolle nicht im klaren waren.
Ca. 20 von uns schafften es, reinzukommen. Danach ging die Rangelei los, es waren schnell noch mehr Zivis da (die müssen also vorher schon drin gewesen sein). Konsulatsangestellte mischten mit, von draußen versuchte erst ein Uniformierter die Tür aufzukriegen, nach ca. 4-5 Min. waren zwei Sixpacks von draußen an der Tür und kamen rein. Es gab keine Diskussion, sie hauten gleich rein wie in einem Hinterhalt. Auch Presseleute wurden nicht verschont; mit drin waren taz, Mopo und NDR.

Die Leute, die drinnen an der Tür standen, wurden gleich festgenommen und nach draußen in die Wannen verfrachtet. Die Zivis legten zwei von uns Handschellen an und setzten u.a. auch CS-Gas ein. Die Bullen fotografierten die ganze Zeit. Ein Teil der BesetzerInnengruppe wurde einfach nur rausgeschmissen und der Rest wurde festgenommen (ca. 22).
Draußen hatten sich unterdessen ca. 40 von uns mit Transpi und Flugis, Presse, Passanten und jede Menge Bullen versammelt. Wohl eine Hundertschaft Bullen, [redacted] Einsatzzug Mitte, kesselte die Leute draußen ein, es gab ne Menge Rangelei und 4 Festnahmen. Zunächst sah's so aus, als ob die Bullen von allen darueßn auch ne Personalienfeststellung machen wollten, was sie dann aber doch ließen. Die Leute riefen Parolen und versuchten, in Richtung dpa zu kommen. Das zog sich ca. 20 Min. hin, dann konnten die Leute gehen.
Die Besetzung selbst dauerte nur 5-10 Minuten. Die Bullen darußen waren total schnell dagewesen, und zwar mit Mannschaftswagen und Six-Packs, was auch auf vorherige Alarmbereitschaft (und Kenntnis des geneuaen Zeitpunkts der Aktion?) hindeutet. Schon um 10.15 Uhr ist gesehen worden, daß mehrere Wannen vom Gerichtsgebäude abgezogen worden sind. Vielleicht sind die zum Konsulat beordert worden.
Nach der Festnahme kam ein Teil der Leute auf eine Wache in Billstedt, ein anderer Teil zur Wasserschutzpolizei Revierwache 3 im Freihafen (Sandtorkai). 3 wurden nach Personalienfeststellung freigelassen. Eine Frau, die schon bei der Aktion verletzt worden war (wahrscheinlich Bänderriß oder -anriß am Knöchel), sollte von der WP-Wache ins Krankenhaus. Es durfte keine(r) mit, sondern sie wurde brutal von Bullen abgeschleppt.

Von den Wachen ging es nach Stunden einzeln oder in kleinen Gruppen ins Polizeipräsidium, wo erkennungsdienstliche Mißhandlung durchgeführt wurde. Dabei lief bei dem kleinsten Anzeichen von widerstand das übliche an den Haaren reißen, Arme und Finger verdrehen, durch den Raum schubsen usw. Um 20.45 Uhr der letzte freigelassen.
Alle haben Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruch am Hals, 1 oder 2 noch zusätzlich wegen versuchter Gefangenenbefreiung.

Frauentreffen

Vor ca. zwei Wochen trafen sich zahlreiche Frauen zum ersten Mal, um erneut den Kampf um den ersten U-Bahn Wagen aufzunehmen.
Diskutiert wurden Ideen, Vorbehalte undHerangehensweisen. Umso enttäuschter waren wir, als bei einem Nachfolgetreffen die meisten Frauen wegblieben. Wie soll ein produktiver Frauenkampf gegen das Patriarchat entstehen, wenn wir es durch mangelnde Kontinuität nicht schaffen die notwendigen Strukturen herzustellen?
Durch die, seit der Grenzöffnung, immer stärker werdenden Übergriffe und Vergewaltigung gegen Frauen, müssen wir uns mehr denn je offensiver, kraftvoller unseren Raum erkämpfen.
Wir wollen den ersten U-Bahnwagen für uns Frauen. Momentan diskutieren wir an den beiden ersten U-Bahnaktionen. Wir würden gerne mit damals beteiligten Frauen in Kontakt treten. Wir wollen eure Erfahrungen als Grundlage für unsere nächste gemeinsame Aktion nehmen.

Wir wollen uns Freitag, den 23.2., 20 Uhr im STEPS treffen.
Und fordern alle Frauen, die Lust und Kraft haben auch zu kommen!



Hamburg 9.2.90

MASSAKER AN 78 MINENARBEITER IN YENI CELTEK / TÜRKEI

Am 9.Februar 1990 kamen in den Kohleminen von Yeni Celtek 78 ArbeiterInnen infolge einer Minenexplosion ums Leben. Die Minenleitung hatte die ArbeiterInnen gezwungen, in die Minen einzusteigen, obwohl Untersuchungen zufolge eine Explosionsgefahr nicht auszuschließen war.

15 der getöteten ArbeiterInnen waren zuvor in einem der größten Massenprozesse der Türkei, dem sogenannten Yeni-Celtek-Prozeß gegen die Befreiungsbewegung Devrimci Yol angeklagt gewesen.

Die Minen von Yeni Celtek sollten vor dem Militärputsch 1980 geschlossen werden, die ArbeiterInnen besetzten damals die Minen und verwalteten sie selbst. Die MinenarbeiterInnen waren schon damals ein Dorn im Auge der Herrschenden, denn ihre Parole war:
"Wir sind die Produzierenden, wir werden auch die Regierenden sein!"
Yeni Celtek war vor dem Putsch die Hochburg der revolutionären Gewerkschaft Yeralti-Maden-Is.

Durch das Verbot unabhängiger Gewerkschaften und die Streikgesetze, durch die wirksame Streiks nahezu unmöglich gemacht wurden, sollten die Wirtschaftsbeschlüsse des 24.Januar 1980 durchgesetzt werden. Diese Beschlüsse machen es dem in- und ausländischen Kapital möglich, die ArbeiterInnen ungehindert auszupressen und sich - wie in Yeni Celtek - nicht um irgendwelche Arbeitsschutzmaßnahmen kümmern zu müssen. Der Tod der ArbeiterInnen von Yeni Celtek wurde bewußt in Kauf genommen.

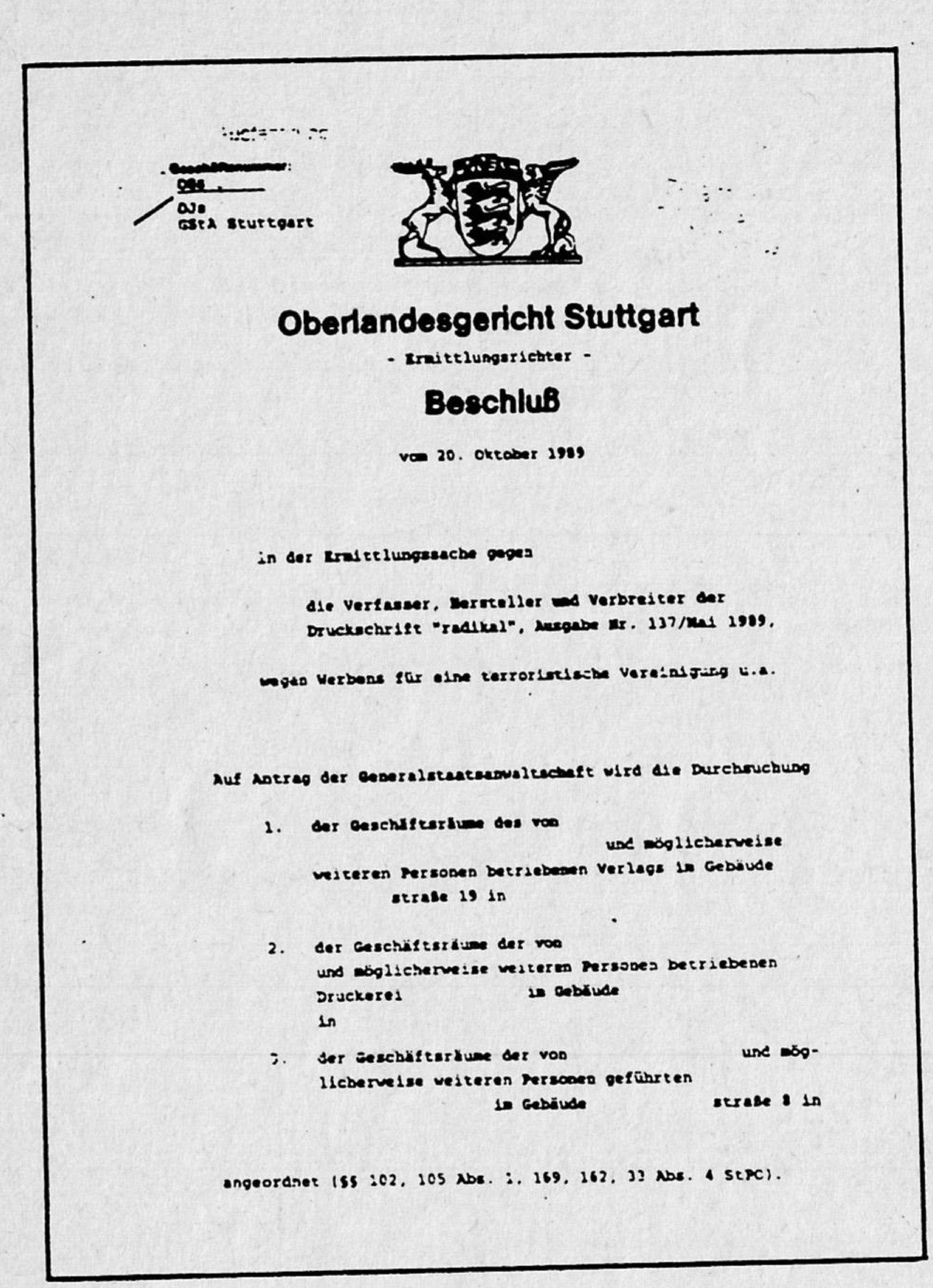
Die ArbeiterInnenInnen in der Türkei nehmen die ständige Unterdrückung und Auspressung nicht länger stillschweigend hin. Dies zeigt unter anderem die ständige Zunahme von Streiks und Protestaktionen. Die Herrschenden wissen, daß sie sich vor den ArbeiterInnenn in Acht nehmen müssen: Nicht umsonst haben sie nach dem Massaker an den ArbeiterInnenn von Yeni-Celtek anstelle von Sanitätern für Erste-Hilfe-Maßnahmen zuerst Polizei und Militär zu den Minen geschickt!

PRESSEERKLÄRUNG VOM ID ARCHIV

Zensur in der BRD

Im August und September 1989 veröffentlichte das ID-Archiv im IISG zwei Publikationen, die sich mit der politischen Zensur in der BRD auseinandersetzen. Die Broschüre *'radikal — Ein Interview'* und das Buch *'Schwarze Texte'* waren (und sind) von den Herausgebern als Beiträge zu der Diskussion um die Ermittlungs- und Gesinnungsparagraphen 129a und 130a gedacht. Im November wurden dann beide Publikationen zum Objekt genau dieser Paragraphen.

Sicherlich hätten wir unsere intensive Arbeit mit der Problematik falsch verstanden, wenn wir davon ausgegangen wären, daß wir es bei dem § 129a StGB mit einem von vielen Strafgesetzbuchparagraphen zu tun haben. Aber wir müssen zugeben, daß wir etwas überrascht von den Konstrukten und Phantastereien waren, die *'radikal — Ein Interview'* und *'Schwarze Texte'* scheinbar in einigen bundesdeutschen Staatsschutzköpfen hervorriefen.



Geschäftsnummer:
OGs
OJs
GStA Stuttgart

Oberlandesgericht Stuttgart

\- Ermittlungsrichter -

Beschluß

vom 20. Oktober 1989

in der Ermittlungssache gegen

die Verfasser, Hersteller und Verbreiter der Druckschrift "radikal", Ausgabe Nr. 137/Mai 1989,

wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung u.a.

Auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft wird die Durchsuchung

1. der Geschäftsräume des von und möglicherweise weiteren Personen betriebenen Verlags im Gebäude straße 19 in
2. der Geschäftsräume der von und möglicherweise weiteren Personen betriebenen Druckerei im Gebäude in
3. der Geschäftsräume der von und möglicherweise weiteren Personen geführten im Gebäude straße 8 in

angeordnet (§§ 102, 105 Abs. 1, 169, 162, 33 Abs. 4 StPO).

Projekt 'Dokumente der Gegenöffentlichkeit'

Im Frühjahr 1989 begannen unsere Planungen für das Buch *'Schwarze Texte — Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute'*. Neben der Kontinuität staatlicher Zensurmaßnahmen sollten dort eine Auswahl verbotener Texte dokumentiert und stichpunktartig die linke Diskussion zum Thema nachgezeichnet werden.

Da wir eine illegale Zeitschriftenproduktion als ein Bestandteil von Gegenöffentlichkeit in der BRD begreifen, schrieben wir die unbekannten MacherInnen der *'radikal'* an und legten ein paar kritische Fragen bei. Erfreulicherweise antworteten die Zeitungsmenschen, allerdings so ausführlich, daß wir das vollständige Interview aus konzeptionellen Gründen nicht in die *'Schwarzen Texte'* aufnehmen konnten. Um der interessierten Öffentlichkeit dieses durchaus diskussionswürdige Interview vollständig zur Verfügung zu stellen, entschlossen wir uns zur Herausgabe einer separaten Broschüre. Diese erschien Anfang August 1989. Im September kam dann das Buch *'Schwarze Texte'* in die Auslieferung. Beide Titel wurden dem Buchhandel über Prospekte, Anzeigen und Vertreterbesuche angeboten; herausgegeben vom ID-Archiv im IISG/Amsterdam und publiziert in dem in der BRD ansässigen Verlag *'Edition ID-Archiv im IISG'*: Diese bestehenden öffentlichen Buchhandelsstrukturen, also die Zugänglichkeit der Veröffentlichungen in und über jeden Buchladen, sind für uns Grundvoraussetzungen für eine Publikationstätigkeit.

Der Fall 'radikal — Ein Interview'

Am 2.11.89 findet zeitgleich in Westberlin und Siegen eine vom BKA initiierte Durchsuchungsaktion bei der *'AurorA Verlagsauslieferung'*, der Verlagsadresse der *'Edition ID-Archiv'* sowie der *'Winddruck-Druckerei'* statt. Ermittelt wird laut Beschluß des OLG Stuttgart vom 20.10.89 gegen die Zeitschrift RADIKAL Nr. 137 nach § 129a wegen 'Werbung für eine terroristische Vereinigung'. Anlaß für die mit rund 30 Staatsschützern durchgeführten Aktion ist, daß die Broschüre bei dem Versand der RADIKAL Nr. 138 aufgetaucht sein soll. Bemerkenswert ist die daraus folgernde 'Erkenntnis' der Ermittlungsbehörden, daß die Herausgeber des Interviews identisch mit den Verfassern, Herstellern und Vertreibern der illegalen Zeitschrift RADIKAL sein sollen. Laut Durchsuchungsbeschluß liegt die Annahme nahe, „daß über diesen bereits einschlägig bekannt gewordenen Verlag nicht nur die Ausgaben *'radikal 1984-1989 — Ein Interview'* und RADIKAL Nr. 138 vertrieben worden sind, sondern auch frühere RADIKAL-Ausgaben, insbesondere die unmittelbar erschienene und hier in Frage stehende Ausgabe Nr. 137." Nach dem gleichen Schema werden der Druckerei und der Verlagsauslieferung eine Mitarbeit an der RADIKAL unterstellt. Bei den Durchsuchungen werden bei *AurorA* Geschäftsunterlagen zu der Broschüre, Auslieferungsrechnungen und Korrespondenz mit dem Verlag beschlagnahmt. In der Druckerei werden u.a. die Räume vermessen, Maschinen registriert und Muster von Papiersorten mitgenommen. In dem Haus der Verlagsadresse in Siegen werden keinerlei Unterlagen beschlagnahmt.

Die ganze Staatsschutzaktion wird durchgeführt, obwohl die Broschüre selbst nicht Straftatbestand ist und weder gegen die Verlagsinhaber noch gegen den Vertrieb oder die Druckerei ermittelt wird. Diese Tatsache ist allerdings aufgrund des Durchsuchungsbeschlusses nicht ersichtlich. Auf Nachfragen eines Rechtsanwaltes antwortet der zuständige Generalstaatsanwalt: „Ihr Mandant ist im vorliegenden Verfahren nicht Beschuldigter. Die Durchsuchung erfolgte nach § 103 StPO. Soweit in der Durchsuchungsanordnung § 102 StPO zitiert ist, beruht dies auf einen offensichtliches *Diktat- oder Schreibversehen*" (Hervorhebungen d. Red.). Vereinfacht heißt dieser offensichtliche 'Irrtum', bei § 102 StPO (= Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln) kann man durchaus Beschuldigter sein, bei § 103 StPO (= bei anderen Personen als Verdächtigen) ist man kein Beschuldigter.

Der Fall *'radikal — Ein Interview'* zeigt einmal mehr, wie Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuche funktionieren, er verdeutlicht aber auch, wie die Verfolgungsbehörden offenkundig in der Fahndung nach den unbekannten MacherInnen der RADIKAL Erfolgserlebnisse benötigen. Einem offiziell angemeldeten Verlag aber die Herausgabe einer illegalen Zeitschrift zu unterstellen, wirkt jedoch allzu sehr konstruiert. Doch es genügt bereits 'einschlägig bekannt zu sein' (was auch immer das heißen mag) und ein schriftliches Interview über Sinn und Zweck illegaler Zeitschriftenproduktion zu veröffentlichen, um mit dem § 129a Geschäftsräume zu durchsuchen und Unterlagen zu beschlagnahmen.

Die Broschüre *'radikal 1984-1989 — Ein Interview'* ist nach wie vor, nunmehr in der 3. Auflage, im Buchhandel erhältlich.



Der Fall 'Schwarze Texte'

Mitte Dezember 1989 wird durch Akteneinsicht bekannt, daß die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin gegen die Inhaber der *'Edition ID-Archiv im IISG'* und der *'AurorA Verlagsauslieferung'* wegen des Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung (§ 129 (3) StGB ermittelt. Laut Staatsanwaltschaft enthält das Buch *'Schwarze Texte'* „unter anderem in der Form von Originalreprints Flugschriften und sonstige Texte, in denen Ziele und Methoden der terroristischen Vereinigungen 'Rote Armee Fraktion' und „Revolutionäre Zellen' propagiert werden".

Mit den am 2.11.89 bei AurorA sichergestellten Rechnungsunterlagen plante die Staatsanwaltschaft Berlin, vermutlich aufgrund einer Direktive der Bundesanwaltschaft, eine Beschlagnahmeaktion der *'Schwarzen Texte'*. Diese Maßnahme wäre vergleichbar mit der Aktion gegen *'das info — Briefe der Gefangenen aus der RAF'* aus dem Neuen Malik Verlag gewesen.

Der Ermittlungsrichter am Kammergericht lehnt den Antrag des Staatsanwalts mit Beschluß vom 1.12.89 jedoch ab. „Der Antrag hat keinen Erfolg. Die Schriftstücke kommen nicht als Beweismittel für die Untersuchung in Betracht, weil die Verbreitung der Broschüre (des Buches, d. Red.) keine Werbung für terroristische Vereinigungen darstellt." (...)

„Die Texte selbst, die zum Teil gegenüber den Originalen verkleinert wiedergegeben werden, befassen sich mit zahlreichen Themen. Dabei überwiegen diejenigen, die keinen werbenden Charakter für noch bestehende terroristische Vereinigungen besitzen. Danach finden sich in der Broschüre politisch-juristische Beiträge zu den 'Zensurparagraphen' 129, 129a und 130a, unter ihnen Auszüge aus einem Artikel des Generalbundesanwalts. (...) Hiernach treten diejenigen in die Broschüre aufgenommenen Texte, die einen für terroristische Vereinigungen werbenden Inhalt haben, nicht nur vom Umfang her gegenüber den anderen Beiträgen zurück. Sie sind auch in theoretischen Erörterungen, Informationen und Meinungsäußerungen zu dem Problem staatlicher 'Zensur' sowie in die Schilderung zahlreicher, zum Teil 20 Jahre zurückliegender strafprozessualer Maßnahmen gleichsam eingebettet. Nach dem Inhalt und der Aufmachung der Broschüre erscheint es demgemäß plausibel, daß die genannten Texte in der Broschüre wiedergegeben werden, weil ohne sie aus der Sicht der Herausgeber eine Dokumentation über die Entwicklung der politischen 'Zensur' in der Bundesrepublik unvollständig wäre. Die von der Bundesanwaltschaft in einem Vermerk vom 7. November 1989 vertretene Auffassung, die Wiedergabe der Texte erfolge nur vordergründig zum Zwecke der Dokumentation, findet in der Broschüre selbst keine ausreichende Grundlage. Die Verfasser bzw. Herausgeber der Broschüre befürworten es zwar erkennbar, linksextremistisches Gedankengut auch dann zu veröffentlichen und zu verbreiten, wenn dadurch gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen wird, weil dies nach ihrer Auffassung ein notwendiger Teil des Kampfes gegen die politische 'Zensur' darstellt. Hieraus folgt aber noch nicht, daß sie mit der Broschüre auch das Ziel einer propagandistischen Stärkung terroristischer Vereinigungen verfolgen."

Auch wenn es in diesem Fall durchaus erfreulich ist, daß der zuständige Ermittlungsrichter die Herausgabe und Verbreitung der *'Schwarzen Texte'* nicht als 'Werbung für terroristische Vereinigungen' sieht, heißt dies nicht, daß das Buch auch in Zukunft ohne Repressionsversuche vertrieben werden kann. Und obwohl die 129a-Verfahren gegen Verlag und Vertrieb im Dezember 1989 eingestellt werden, kann jederzeit eine andere Staatsanwaltschaft einen erneuten Antrag auf Beschlagnahme der *'Schwarzen Texte'* stellen. Allerdings ist es wahrscheinlicher, daß es bei dem einen Versuch bleibt.

Denn bekanntermaßen hinterlassen solche Prozesse nicht den besten Eindruck bei einer aufgeklärten liberalen Öffentlichkeit. Es wäre doch etwas grotesk, die holländischen Herausgeber und bundesdeutschen Verleger bzw. Vertreiber wegen einer Dokumentation zur politischen Zensur in der BRD (die im juristischen Sprachgebrauch natürlich nicht existiert) mit dem Gesinnungsparagraphen 129a auf die Anklagebank zu setzen.

ID-Archiv im IISG/Amsterdam

STADTSPIEL WEDDING DISKUSSIONSENTWURF

Aufgrund der momentanen Frustation, Stagnation und Resignation innerhalb der Gruppen (?), Linken, und der gleichzeitigen massiven Propaganda der Rechten, halten wir es für notwendig, wieder stärker in Erscheinung zu treten. Zum einem, um Gegenpropaganda zu leisten, zum anderem, um die vorhandenen Kräfte im Wedding zum Zwecke gemeinsamer Aktionen zusammenzubringen und wiederzubeleben.

Deshalb haben sich einige Leute aus'm Wedding zusammengesetzt und folgenden Vorschlag ausgebrütet:

Eine Aktionswoche (Ende April?), bei der zu folgenden Themen/Schwerpunkten Aktionen durchgeführt werden:
Häuserkampf, Sexismus, Wiedervereinigung, Antifa, AsylantInnen, Gen-Tech, RVK, Sozialamt, Volxpark,...

Vorstellen können wir uns z.Bsp.Kundgebungen, Demos, Konzerte, Straßenfeste, Volxküche, Info-Veranstaltungen,etc.

Die Vorbereitung sollte öffentlich laufen damit möglichst viele Menschen aus'm Kiez, die nicht in festen Zusammenhängen arbeiten, sich daran beteiligen können.

AUF JEDEN FALL SIND WIR AUF DIE BETEILIGUNG ALLER ANGEWIESEN !

Nächster Termin - VV - 25.2.90 - Ort wird noch bekannt gegeben

WEDDING BEBT - WEDDING LEBT !

WIR KRIEGEN EUCH ALLE

Achtung aufgepaßt - Mitarbeit ist gefragt

Im Untersuchungsausschuß "Verfassungsschutz" vom 15.2.90 wurde ein Bericht über die Arbeit von verdeckten Ermittlern vorgelegt. Danach waren seit anfang '86 mehrere Bullen im Dienste des LfV als sog. verdeckte Ermittler (UCA) unterwegs. Laut Pätzold sollen jetzt alle aus der SZene abgezogen sein.

Wir suchen sie dennoch!

Einer von ihnen wurde am 1. Mai 88 gegen 22.30 in Höhe Skalitzer /O-Str. von uniformierten Bullen verprügelt und festgenommen. Gegen ihn wurde ein Haftbefehl erlassen, der gegen Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt wurde.Später wurde der verdeckt arbeitende Ermittler nach einem Teilgeständnis zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Wer weiß etwas über diesen Mann oder den Vorfall.

Bitte meldet Euch dringend beim EA

TERMINE TERMINE

jeden Tag

Mo. - Fr. 10.00 -18.00 Cafe Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafe in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 20.00 Infocafe in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen in Remise Danckelmannstr. 54a

Donnerstag, 22. 2.

17.00 "129a als juristisches Mittel gegen kurdische Befreiungskämpfer" Flugblattvideo der Medienwerkstatt Linden. Im El Locco, Kreuzbergstr. 43

19.00 "Die Liebe zum Imperium" Im letzten Drittel des vergangen Jahrhunderts gingen abenteuerlustige Männer daran in fremden Erdteilen Ländereien für Deutschland zu erwerben. Obwohl sich die Willkürherrschaft der Deutschen kaum von der anderer Kolonialmächte unterschied, entstand 1919 die Legende von den "Guten deutschen Kolonialherren". Anhand von Zeugnissen aus dem afrikanischen Widerstand und Fakten der deutschen Kolonialkritik (muß wohl -politik heißen?) macht der Film Schluß mit dieser Legende. Im El Locco.

21.00 "Mandu Yenu" steht für die ungleiche Begegnung zweier Kulturen, die schließlich zum Zusammenbruch der "unterlegenen" Zivilisation führt. Er gibt ein Bild der hohen Kultur der vorkolonialen Zeit und der Selbstherrlichkeit deutscher Herrenmenschen. Im El Locco.

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Zwei Figuren leben in einem Haushalt, der eine ein Kid, ist ein Computerfreak, der andere, der Alte, hat den Übergang von Mechanik zu Elektronik noch nicht vollzogen. Im El Locco.

21.00+23.00 Filmreihe zu Frauenhandel & Sextourismus: **"Zwecks späterer Heirat"** und **"Leben ohne Ausweg: Sawei Chandee"**. Für Männer und Frauen. Im Kino im K.O.B, Potsdamerstr. 159.

jeden Donnerstag

16.00-22.00 Frauentag im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

Freitag, 23. 2.

Das **EX** hat zu. Ist euch keine bessere Ausrede wie so ein bürgerlicher Hetidreck, eine Hochzeit eingefallen, wenn ihr mal einen Tag Ruhe haben wollt?

19.00 Der ASTA-Fu stellt vor: DDR-Linke. Diesmal die **KPD** und die **Gruppe Kommunistische Alternative**. In der TU, Hauptgebäude, Saal 110.

19.00 Klezküche, Infos und Diskussion zu EG-Bildungseliten an den Unis und EG-weite Bullenformierung. In der Brümmerstr. 52

19.00 "Ich hab mir gedacht, da ist das Paradies" Der Film zeigt die Vorbereitung einer Hamburger Arbeitsbrigade für Nicaragua. Die Bundesbürger bereiten gleichzeitig das Weihnachtsfest vor. Fizz hat in der BRD keine Chance für eine revolutionäre Veränderung gesehen und schloß sich 1978 der Guerilla an. Heute betreibt er einen Erdnußhandel und eine Kaninchenzucht. Im El Locco

19.30 "Ein neuer Senat - Neuer Strafvollzug in Berlin? Justizsekretär Flügge u. a. zum Anfassen im Haus der Kirche, Goethestr.28/30. Nachdems mit dem Buntem Empfang in 36 nix geworden ist. (Siehe Nr.89. Termine), jetzt Second Service in sicherer Entfernung in Charlottenburg?

20.00 Frauentreffen für den Kampf um den ersten U-Bahnwagen. Im Steps, Großbeerenstr. Siehe in diesem Heft.

21.00 "Ein Platz an der Sonne" Theater. Statt mit Feuer und Schwert werden die drei Kontinente heute mit einem Koffer voll Errungenschaften und Segnungen unserer Zivilisation bereist. Verträge werden geschlossen, Kulturen verramscht.... Im El Locco.

22.00 Solifete für die Remise Danckelmannstr. 54 im Drugstore, Potsdamerstr. 180. Eintritt frei!

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Siehe Do 22. 2., 23.00. Im El Locco.

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volksküche immer vegetarisch, nie Alk, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 24. 2.

11.30 Demo gegen Sanierung und Abriß, Vertreibung und Spaltung - Für ein Leben in Selbstverwaltung (Reim dich oder ich fress dich. Das muß doch wohl Selbstbestimmung heißen, oder soll aus der Kofferfabrik ein Verwaltungsgebäude werden?) Treffpunkt: Sprengelparkplatz, Schaufelderstr. 29 in **Hannover**. Auswärtigen-Demovorbereiungstreffen am Fr. 23.2., 18.00 im Sprengel.

14.00 Frauencafe im Wedding mit Infos von Erzieherinnen zum Kita-Streik. Im Rat und Tat-Laden, Liebenwalder Str., U-Bhf. Nauenerplatz

17.00 Unser Alltag in der BRD. Tondiaschau
- Die Gesellschaft (Hochhäuser, Werbung Lärm...) Dargestellt und mit den Texten eines Südseehäuptilings und eines Afrikaners kommentiert
- AfrikanerInnen in Eintracht - zusammmen in der Großfamilie, beim Fischen
- Aufbrüche - Nicaragua- und Brokdorfdemo;

und den Film **"Pais verde y Herido - Verwundetes und grünes Land**, der kulturelle Imperialismus, Beispiel Uruquay. Im El Locco

19.00 "500 Jahre Kulturzerstörung" Referat von Hans Brandscheid (medico) über "die existenzielle Lebenslüge der europäischen Unterentwicklung". Im El Locco

21.00 "Ein Platz an der Sonne" Siehe Fr. 23. 2. 21.00 Im El Locco.

??.??Punkkonzert mit **Schwarze Feuer (Gö)** und **URGE (H)** im Ex, nehm ich an, stand leider nicht auf dem Zettel

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Siehe Do. 22. 2. 23.00 Im El Locco.

jeden Samstag

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 25. 2.

14.00 Frühstück und

17.00 "Wien ist..." Film über den Wiener Opernball und Häuserräumungen im TEK, Oranienstr. 36

16.00 Vorbereitungs-VV zur **Aktionwoche Wedding** in der Putte e.V., Fabrik, Osloerstr.

16.00 Frauen aus Neukölln, wir wollen uns überlegen, wie wir uns gegen Anmache, Angriffe, Vergewaltigungen... organisieren können. Kommt in die Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61, U-Bhf Rath. Neukölln

17.00 "Ich hab mir gedacht, da ist das Paradies" Siehe Fr. 23. 2., 19.00. Im El Locco.

19.00 Treffen aller **Repressionsbetroffenen der Sylterstr.**
1. Es gibt Neuigkeiten!
2. Wir haben keinen Bock, uns mit 5 Leuten um die Feté und die Prozesse zu kümmmern!!

Im Infocafe Marchstraße

19.00 "Amor America" Video über die Geschichte der Eroberung des südlichen Argentiniens und die sich daraus ergebende Unterdrückung der Urvölker, die Geschichte vom Überleben eines Volkermordes. Im El Locco

21.00 "La revoluta -eine junge Revolution" Der Film verfolgt den Werdegang des jungen Nicaraguas von 1977 - 84 im revolutionären Prozeß. Dazu Aktuelles zur Wahl. Im El Locco

jeden Sonntag

13.00 - 17.00 Frauentag in der M 99, Manteuffelstr. 99

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. **Kinder sind erwünscht.**

ab 18.00 Kiezküche im Anfall, Gneisenaustr.64

20.00 Film im EX, Gneisenaustr. 2a

jeden Montag

Redaktionsschluß für den Terminkalender. Außnahmen nur in ausführlich und gut begründeten Einzelfällen (nix mit verpennt und so) und mindestens 2 Tafeln Marabou oder Toblerone!!!

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 27. 2.

19.00 Frauen VV zur 8. März-Demo im Versammlungsraum, Mehringhof.

19.00 "Euskadi - Martxa eta Borraka" Kämpfen und Leben - Der Widerstand in Euskadi ist Alltag. Seinen Ausdruck findet er in der Öffentlichkeit der Demonstrationen, in militanten Aktionen, in der Solidarität mit den Opfern der Repression, aber auch in dem offensiven Leben der eigenen Kultur, in Festen, Musik, Graffitis. Im EL Locco

21.00 "Unterwegs" Vor dem Hintergrund der Wiederaufbaustimmung im Europa der fünfziger Jahre reist der Schweizer Photograph Werner Bischoff 1951/52 in den Fernen Osten. Im El Locco

jeden Dienstag

16.00-20.00 Antifakneipe im Krümel, Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00-22-00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: 692 22 22 im Mehringhof Gneisenaustr. 2a.

Mittwoch, 28. 2.

19.00 "Die Liebe zum Imperium" Siehe Do. 22. 2. 21.00 Im El Locco.

20.00 "Anarchie und Ökologie", Vortrag mit Dia-Serie im A-Laden, Rathenower Str.22

21.00 "Mandu Yenu" Siehe Do. 22. 2. 21.00 Im El Locco.

21.00+23.00 "Sonne der Hyänen" Im K.O.B. **Nur für Frauen und Lesben!**

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00-19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin" Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 Treffen der ImmernochvolkszählungsboykotteurInnen im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

20.00 Antifa-Kneipe jeden 2 und 4. Mittwoch im Monat im Falckladen, Falckensteinstr.46

Donnerstag 1. 3.

21.00+23.00 "Sonne der Hyänen". Für Männer und Frauen. Im K.O.B

Fr. 2. - So. 4. 3.

Palästina Kongress in Hamburg

Sa. 3. 3.

Demo in Braunschweig zum Konzerthaus

15.00 Treffpunkt vor der **Internationalen TOURISMUSBÖRSE - Gegen den Stand von Südafrika. PÜNKTLICHST !!**

